



Tätigkeitsbericht
des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz

Berichtszeitraum: 1.1.2010 – 31.12.2012

15.6.2013

Inhalt:

- I. Allgemeiner Überblick**

- II. Außerdarstellung, Arbeitsstruktur und Organisation des BBU**
 - II.1 Anerkennung gemäß § 3 Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz
 - II.2 Außerdarstellung
 - II.3 BBU-Newsletter, Pressemitteilungen, Veranstaltungen und Medienpräsenz
 - II.4 Beratung von Initiativen und Betroffenen
 - II.5 Mitgliederwerbung und Fundraising
 - II.6 Mitgliedschaft in anderen Organisationen und Bündnisarbeit

- III. Inhaltliche Schwerpunkte**
 - III.1 Grundsätzliche gesellschaftliche Fragen
 - III.2 Widerstand gegen Atomanlagen
 - III.3 Zusammenarbeit mit der internationalen Anti-Atomkraft-Bewegung und Protest gegen internationale Atomprojekte
 - III.4 Energiepolitik
 - III.5 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel
 - III.6 Carbon Capture and Storage (CCS)
 - III.7 Hydraulic Fracturing (Fracking)
 - III.8 Immissionsschutz, Abfallpolitik und Anlagensicherheit
 - III.9 Gesundheitsrisiken durch Schadstoffe in Innenräumen
 - III.10 Verkehrspolitik
 - III.11 Gewässerschutz
 - III.12 Natur- und Landschaftsschutz
 - III.13 Massentierhaltung
 - III.14 Friedensbewegung
 - III.15 Medizin- und Umweltethik
 - III.16 Ethikschutz

- IV. Gremienarbeit**
 - IV.1 Kommission für Anlagensicherheit (KAS) sowie Committee of Competent Authorities (CCA)
 - IV.2 TA-Luft-Ausschuss (TALA)
 - IV.3 Normungsgremien (DIN, DKE, KRdL, CEN, ISO)
 - IV.4 Umweltgutachterausschuss
 - IV.5 Nano-Kommission
 - IV.6 Begleitender Arbeitskreis zur Erstellung des NRW-Fracking-Gutachtens

- V. Internationale Aktivitäten**
 - V.1 European Environmental Bureau (EEB)
 - V.2 European Environmental Citizens Organization for Standardization (ECOS)

- VI. Anhörungen, Stellungnahmen, Gespräche**

- VII. Liste der Pressemitteilungen**

I. Allgemeiner Überblick

Am Sonntag, dem 24.6.2012 wurde der BBU 40 Jahre jung. Er wurde von Bürgerinitiativen, Umweltgruppen und Friedensinitiativen vor dem Hintergrund des drohenden Baus eines Atomkraftwerks in Wyhl gegründet. Der BBU war damals einer der ersten und zudem der größte bundesweit arbeitende Umweltverband. Besonders in den 70er und 80er Jahren hat der BBU zahlreiche Großdemonstrationen gegen Atomanlagen und gegen Atomwaffen mitorganisiert. Hierzu gehörte beispielsweise die Demonstration 1981 gegen das Atomkraftwerk Brokdorf, an der sich bei Schnee und Eis 100.000 Menschen beteiligten, sowie die großen Friedensdemonstrationen gegen die Nato-Nachrüstung in Bonn. Zu den besonderen Erfolgen des BBU und der gesamten Anti-Atomkraft-Bewegung zählen die Verhinderung der Atommüllfabrik (WAA) in Wackersdorf, die Nichtinbetriebnahme des Schnellen Brütters in Kalkar und die endgültige Stilllegung der Hanauer Atomfabriken.

Der BBU und seine Mitgliedsinitiativen haben in den letzten Jahrzehnten, bedingt durch eine zunehmende Zahl an Umweltproblemen, die Themenpalette stark erweitern müssen. Der Widerstand gegen Atomanlagen und Atomtransporte ist nach wie vor zentral, denn noch ist der Atomausstieg nicht vollzogen. Es stehen aber auch die Verhinderung der CO₂-Endlagerung und der Förderung unkonventioneller Gasvorkommen (Fracking) sowie der Gentechnik im landwirtschaftlichen Bereich auf der Tagesordnung. Gewässerschutz und Massentierhaltung, Gefahren der Tonerstäube und die Sicherheit von Chemieanlagen sind weitere der vielfältigen Themen, die von Mitgliedsinitiativen des BBU immer wieder aufgegriffen werden. Zukünftig wird auch eine noch intensivere Beschäftigung mit Themen des Natur- und Landschaftsschutzes erfolgen.

Die nach wie vor ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder des BBU unterstützen dabei die Anliegen der BBU-Mitglieder. Dies geschieht durch eine gemeinsame Pressearbeit, durch die Organisation und Unterstützung von Demonstrationen und auch durch Lobbyarbeit in Gremien, wie z. B. der Kommission für Anlagensicherheit (KAS) des Bundesumweltministeriums.

Aufgrund der zunehmenden Bedeutung von Entscheidungen der EU-Ebene können Umweltprobleme nicht mehr rein national gelöst werden. Der BBU ist daher Mitglied im Europäischen Umweltbüro (EEB) und dem Zusammenschluss der in der Normung tätigen europäischen Umwelt-NGOs (ECOS). Er arbeitet aktiv in diesen Organisationen mit. Dabei ist er auch in internationalen Partizipationsgremien aktiv.

Im Zeitraum von 2010- 2012 haben drei Mitgliederversammlungen stattgefunden, auf denen Vorstandswahlen erfolgten und intensiv über ökologische Probleme diskutiert wurde.

In den letzten drei Jahren wurde die Öffentlichkeitsarbeit in Form von Pressemitteilungen, des BBU-Newsletters und Veranstaltungen intensiviert. Der BBU kam in dieser Zeit verstärkt in Beiträgen der Presse, des Rundfunks und Fernsehens zu Wort, so beispielsweise zu den Themen Atomanlagen, Immissionsschutz und Biogasanlagen. Damit konnten zu den Auffassungen staatlicher Stellen und der Industrie in der Öffentlichkeit relevante Gegenpositionen artikuliert werden.

Zudem konnten wichtige Schritte hinsichtlich einer verbesserten Selbstdarstellung des BBU, einer Mitgliederwerbung und der Entwicklung eines Fundraising eingeleitet werden. Damit kann die Arbeit des BBU auf eine stabilere Basis gestellt werden.

Der BBU-Vorstand hat in den letzten drei Jahren kontinuierlich die beiden wichtigsten Säulen der BBU-Arbeit gestärkt. Erstens konnte die Mitarbeit in und die Unterstützung von Bürgerinitiativen verstärkt werden. Zweitens wurde die erfolgreiche Gremienarbeit des BBU weitergeführt und zum Teil ausgebaut.

Damit kann einerseits verstärkt außerparlamentarischer Druck ausgeübt werden, so beispielsweise über Sonntagsspaziergänge, Demonstrationen, fantasievolle außerparlamentarischen Aktionen, Vernetzungstreffen, Erörterungstermine etc.

Andererseits können über den Einfluss auf die Formulierung von Rechtsnormen, privaten Normen von Normungsinstituten sowie Leitfäden und Stellungnahmen von Kommissionen bereits frühzeitig Fehlentwicklungen vermieden werden sowie die Instrumente zur Behebung bestehender Vollzugsdefizite geschaffen werden. Dies eröffnet Bürgerinitiativen erweiterte Spielräume und neue Argumente zur Durchsetzung von Umweltinteressen.

Ein wichtiges neues Element zur Steigerung der Einwirkungsmöglichkeiten des BBU ist dabei die vom BBU-Vorstand beantragte und vom Umweltbundesamt positiv beschiedene Anerkennung nach § 3 Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz. Dadurch kann der BBU seine Stellung bei Widerspruchsverfahren und Klagen gegen umweltzerstörende Projekte entscheidend verbessern. Dies kommt den Mitgliedsinitiativen bei ihren Aktivitäten zu Gute, die sich besser gegen derartige Vorhaben zur Wehr setzen können.

Wie in den vergangenen Jahren erfolgte eine fachliche Beratung von Bürgerinitiativen und Betroffenen durch die BBU-Geschäftsstelle und die Experten des BBU. Dies stellt einen erheblichen Teil der BBU-Arbeit dar.

Die Unabhängigkeit von Industriespenden und Förderprogrammen staatlicher Stellen ermöglicht dem BBU nach wie vor, seine Positionen ohne Rücksicht auf industrielle oder staatliche Interessen vertreten zu können. Obwohl sich deshalb seine finanzielle Situation deutlich von der Lage anderer großer Umweltverbände unterscheidet, wird er häufig darum beneidet, ökologische Positionen offen und konsequent vertreten zu können. Dies macht den BBU einmalig in der deutschen Umweltverbandslandschaft.

Aufgrund des Selbstverständnisses und seiner entsprechend gewählten Organisationsstruktur ist dem BBU Verbandsegoismus fremd. Der BBU arbeitete - wie in den Jahren zuvor - themenorientiert eng mit international und bundesweit agierenden Organisationen auf dem Gebiet des Umweltschutzes und verwandter Themen zusammen.

Der BBU-Vorstand sieht die eingeleiteten neuen Entwicklungen im BBU und die Fortführung bestehender Strukturen als gute Voraussetzungen an, um die Arbeit des BBU in den nächsten Jahren erfolgreich weiterzuführen und auszubauen.

Der folgende Tätigkeitsbericht zeigt exemplarisch wesentliche Aktivitäten des BBU auf, kann jedoch wegen der Vielzahl der Tätigkeiten nicht abschließend sein.

II. Außendarstellung, Arbeitsstruktur und Organisation des BBU

Die Basis des BBU ist nach wie vor die Menge seiner Mitgliedsinitiativen, die direkt im BBU oder in Landesorganisationen (LBU Niedersachsen, LUSH) organisiert sind. Nur mit ihnen und durch sie ist der BBU aktiv und handlungsfähig.

Die Partizipationsmöglichkeiten für Umweltorganisationen und die gesellschaftlichen Kommunikationsformen haben sich in den letzten Jahren jedoch drastisch geändert. Diesen Veränderungen muss auch der BBU in seinen Aktionsformen und in seiner Außendarstellung Rechnung tragen, um wirksam arbeiten zu können, Bürgerinitiativen zu erreichen und attraktiv zu bleiben. Hierzu wurden verschiedene Maßnahmen beschlossen und umgesetzt.

II.1. Anerkennung gemäß § 3 Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz

Im Rahmen der Umsetzung der europäischen Richtlinie 2003/53/EG in nationales Recht durch das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz (UmwRG) sowie durch die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zur richtlinienkonformen Umsetzung der Richtlinie sind Umweltverbänden weitreichende Widerspruchs- und Klagerechte gegen die Entscheidungen staatlicher Stellen eingeräumt worden. Damit wurde die Verbandsklage ins deutsche Recht eingeführt. Für die Anerkennung als klagefähiger Verband gemäß § 3 UmwRG ist es nicht erforderlich, anerkannter Naturschutzverband zu sein. Die Entscheidung, ob ein Umweltverband als klagefähig anerkannt wird, richtet sich nach den Anforderungen der EU-RL 2003/53/EG und einer darauf fußenden Anerkennung des Umweltbundesamtes. Der BBU hat diese Anerkennung im Herbst 2012 auf Antrag beim UBA erhalten. Damit haben der BBU und seine Mitgliedsinitiativen die Chance, ihre Interessen auch auf dem Klageweg durchzusetzen.

II.2. Außendarstellung

Die Außendarstellung des BBU wurde modifiziert und an die heutigen Bedürfnisse angepasst, um eine einheitliche Darstellung des BBU mit hohem Wiedererkennungswert sowie einer möglichst weiten Verbreitung der Inhalte des BBU zu ermöglichen:

- Das Logo des BBU wurde hinsichtlich des Schriftzugs und der farblichen Gestaltung stärker akzentuiert. Zentrales Element ist weiterhin die Margerite.
- Die Erstellung des neuen Designs der Visitenkarten des BBU und des Briefpapiers ist abgeschlossen.
- Die notwendigen Schritte zur Umstellung der Homepage des BBU sind eingeleitet worden. In Kürze wird es ein verändertes Design, eine bessere Gliederung der Homepage sowie eine stärkere Aktualität bei allen Bereichen geben.
- Die Berücksichtigung sozialer Netzwerke erfolgt inzwischen auch über die Homepage des BBU. Über Facebook gewinnt der BBU täglich mehr Freunde und erhöht damit seinen Bekanntheitsgrad. Dazu gehört die regelmäßige Pflege des Facebook-accounts, die durch den BBU-Pressereferenten erfolgt.

II.3. BBU-Newsletter, Pressemitteilungen, Veranstaltungen und Medienpräsenz

Der seit Anfang 2005 mittels Email herausgegebene BBU-Newsletter, der monatlich an alle Mitgliedsorganisationen und Einzelmitglieder versandt wird, ist inzwischen zu einer festen Größe der BBU-Kommunikation geworden. Er ist hinsichtlich des Inhalts und des Formats ständig angepasst worden und steht allen Mitgliedsinitiativen sowie aktiven Einzelpersonen

zur Darstellung ihrer Inhalte zur Verfügung. Zudem wird der BBU-Newsletter auf der BBU-Homepage veröffentlicht und trägt zur Information der breiten Öffentlichkeit bei.

Die Pressearbeit wurde hinsichtlich ihres Umfangs und ihrer inhaltlichen Breite während der Jahre 2010 – 2012 stark ausgebaut. In diesem Zeitraum wurden rund 450 Pressemitteilungen herausgegeben, die das gesamte Spektrum der vom BBU behandelten Themen abdeckten. Dabei gelang dem BBU insbesondere eine weite Verbreitung über Internetportale. Häufig erfolgte auch eine Erwähnung in den Printmedien, insbesondere wenn eine Verbreitung über Nachrichtenagenturen erfolgte.

Bewährt haben sich insbesondere gemeinsame Presserklärungen von lokalen Mitgliedsinitiativen und dem BBU als Dachorganisation. Dadurch ist auf den ersten Blick ersichtlich, dass die jeweilige Initiative nicht alleine agiert, sondern einen großen Verband hinter sich hat. Industrie und Staat wurde dadurch der zutreffende Eindruck vermittelt, dass Ihnen ein relevantes Gegengewicht gegenübersteht.

Verstärktes Interesse hat der BBU auch bei lokalen Rundfunksendern, überörtlichen Rundfunkanstalten (z.B. NDR) oder politischen Magazinen (z.B. Panorama 3) hervorgerufen. Dies gilt für Themen bei denen dem BBU aufgrund seiner langjährigen kontinuierlichen Arbeit eine hohe Kompetenz zuerkannt wird (z.B. Anti-Atom-Politik), bei denen er im Bereich der Umweltbewegung als einziger Verband Positionen entwickelt hat (z.B. Biogasanlagen und Anlagensicherheit) oder bei denen er sich in seiner Konsequenz von anderen Akteuren in der Umweltbewegung deutlich unterscheidet (z.B. ausnahmsloses Verbot von Fracking).

Im Berichtszeitraum haben BBU-Vorstandsmitglieder zudem an zahlreichen Veranstaltungen teilgenommen und auf diesen die BBU-Positionen vertreten. Hierbei handelte es sich um Diskussionsveranstaltungen, die Gründung von Bürgerinitiativen, Fachseminare von Bildungseinrichtungen oder Vorträge im Rahmen von Veranstaltungen des Umweltbundesamtes. Die Vorträge von BBU-Mitgliedern werden zunehmend als höchst kompetent und wichtig für die Diskussion von ökologischen Themen angesehen.

Ebenfalls zur Medienpräsenz gehört die Unterstützung des BBU von kritischen Filmen wie „Plastic Planet“ oder „More than Honey“, bei denen der BBU Kooperationspartner ist.

Nachdem der BBU schon länger im Internet mit einer eigenen Homepage vertreten ist, wird seit 2012 auch Facebook als neues Medium genutzt. Über Facebook erreicht der BBU ständig mehr Bürgerinnen und Bürger, Informationen können schnell verbreitet werden und der BBU erhöht damit seinen Bekanntheitsgrad.

II.4. Beratung von Initiativen und Betroffenen

Aufgrund der intensiven Öffentlichkeitsarbeit des BBU, der Arbeit örtlicher Mitgliedsinitiativen sowie der Empfehlung anderer Umweltverbände, die die hohe Kompetenz des BBU schätzen, wenden sich immer mehr Personen, privat oder im Auftrag einer Bürgerinitiative, rat- und hilfesuchend an den BBU. Dabei deckt die thematische Bandbreite der Anfragen das gesamte Spektrum ökologischer Fragestellungen ab. Diese Anfragen werden in einem ersten Schritt von der BBU-Geschäftsstelle und dann - falls erforderlich - von den Fachexperten des BBU bearbeitet.

Der BBU fördert bei den Anfragenden die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement und unterstützt die Gründung von Bürgerinitiativen. Er vermittelt dabei auch die Vorteile einer Mitgliedschaft im BBU für Einzelpersonen und Bürgerinitiativen, die durch die Vernetzung im BBU, die fachliche Unterstützung sowie die Wahrnehmung ihrer Interessen in nationalen und internationalen Gremien ihre Forderungen besser durchsetzen können.

II.5. Mitgliederwerbung und Fundraising

Die Möglichkeiten des BBU, die Interessen der Bürgerinitiativen und des Umweltschutzes durchzusetzen, steigen mit der Anzahl seiner Mitglieder und den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen. Daher bemüht sich der BBU um eine kontinuierlich steigende Mitgliederzahl und um ein verbessertes Fundraising. Dazu hat der Vorstand folgende Schritte eingeleitet:

- Das Selbstdarstellungsflugblatt des BBU befindet sich in der grundlegenden Überarbeitung. Es soll bis zum Sommer 2013 fertig gestellt werden.
- Eine breitere inhaltliche Darstellung befindet sich derzeit in der Erstellung.
- Im Juli 2012 wurde ein Fundraising-Konzept erstellt, welches sukzessive umgesetzt und ergänzt wird.

II.6. Mitgliedschaft in anderen Organisationen und Bündnisarbeit

Der BBU ist Mitglied in verschiedenen anderen Organisationen. Häufig handelt es sich um eine Mitgliedschaft auf Gegenseitigkeit oder um eine Mitgliedschaft im Rahmen eines Bündnisses (z.B. bei „Bahn für alle“ oder bei „Atomausstieg selber machen“). Kriterien für eine derartige Zusammenarbeit sind eine inhaltliche Übereinstimmung umweltpolitischer Positionen und eine solidarische Zusammenarbeit.

Insbesondere die zweite notwendige Bedingung lag bei der Zusammenarbeit mit dem Deutschen Naturschutzring nicht mehr vor. Der BBU hat aus dem Verhalten von DNR-Verantwortlichen ihm gegenüber daher Anfang 2012 die Konsequenz gezogen und ist – wie bereits mehrere bedeutende Umweltverbände in den Jahren zuvor - aus dem DNR ausgetreten.

Es bleibt festzustellen, dass sich die von Beginn an umstrittene Mitgliedschaft des BBU im DNR nicht bewährt hat. Der BBU wird sich daher wieder verstärkt auf seine Rolle als selbständiger Dachverband konzentrieren.

III. Inhaltliche Schwerpunkte

Der BBU bearbeitet ein weites Spektrum inhaltlicher Felder, die insbesondere auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes angesiedelt sind. Hinzu kommen jedoch verstärkt gesellschaftspolitische Fragestellungen sowie Aspekte des Natur- und Landschaftsschutzes.

III.1 Grundsätzliche gesellschaftliche Fragen

Vor dem Hintergrund der Katastrophe von Fukushima, den durch immer neue Finanzspekulationen hervorgerufenen Erschütterungen der Gesellschaft sowie einer sich immer stärker beschleunigenden Ausbeutung von Mensch und Natur sieht sich der BBU veranlasst, grundsätzliche Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen zu üben und eine Umkehr zu fordern.

So hat der BBU unmittelbar nach den Ereignissen in Fukushima in einem Manifest erklärt dass die Ereignisse zeigen, dass der hochfliegende Glaube an eine Technik mit „Restrisiken“ und an ein Wachstum ohne Grenzen gescheitert ist. Der BBU verlangt dabei nicht nur den Verzicht auf bestimmte Technologien. Vielmehr stellt er die Forderung nach einer gesellschaftlichen Veränderung auf. Der BBU fordert die grundsätzliche Transformation des ökonomischen Systems weg von gnadenloser Konkurrenz in einem angeblich freien Markt, das zur Spaltung der Gesellschaften in Gewinner und Verlierer, in Reich und Arm, in Privilegierte und Nichtprivilegierte führt.

Als Einstieg in diesen gesamtgesellschaftlichen Prozess wird die Überführung der führenden Energiekonzerne in Gemeineigentum vorgeschlagen. Hierbei muss den Akteuren der Zivilgesellschaft wie Umwelt- und Naturschutzverbänden, Verbraucherverbänden, Eine-Welt-Initiativen, Erneuerbare Energie-Verbände etc. zukünftig eine beherrschende Rolle bei der Bestimmung der Politik der Konzerne z.B. in den Aufsichtsräten zukommen. Ziel muss eine wirtschaftlich solidarische Gesellschaft sein, die die Menschen und die Umwelt wertschätzt und bewahrt.

Der BBU hat sich zudem solidarisch mit der internationalen Occupy-Bewegung erklärt und zur Teilnahme an ihren friedlichen Aktionen aufgerufen. Occupy kritisiert wie der BBU das zynische Verhalten von Banken und großen Konzernen. Zur Erzielung von Gewinnen wetten Banken und Investmentfonds auf Staatsanleihen, Währungsschwankungen und sogar auf Lebensmittel. Lebensmittel aber sind in vielen Ländern ein knappes Gut. Millionen von Menschen sind nicht ausreichend mit Lebensmitteln versorgt und leiden täglich Hunger. Die Spekulationen treiben die Lebensmittelpreise zusätzlich künstlich in die Höhe.

Schlimmster Auswuchs ist dabei die neokoloniale Nutzung riesiger Ländereien, mit Farmgrößen wie der EU-Staat Luxemburg und ohne Rücksicht auf Nationalparks in Afrika (genannt Land-Grabbing). Hier werden z. B. in Äthiopien Obst und Gemüse für die Reichen der Golfstaaten produziert.

Derartige Praktiken stehen dem Schutz des Menschen und der Umwelt diametral gegenüber und werden vom BBU entschieden abgelehnt.

III.2. Widerstand gegen Atomanlagen

Seit der Gründung des BBU im Jahr 1972 ist der Widerstand gegen Atomanlagen ein herausragender Schwerpunkt seiner Aktivitäten. Eng damit verbunden sind u. a. auch der Widerstand gegen Uranabbau, Atomtransporte und Atomwaffen.

Viele Bürgerinitiativen an den Standorten verschiedener Atomanlagen gehören dem BBU an und im Berichtszeitraum sind weitere Anti-Atomkraft-Initiativen dem BBU beigetreten.

Kurz vor der BBU-Mitgliederversammlung vom 27. März 2011 hat sich in Japan am 11. März 2011 die Atomkatastrophe im japanischen Fukushima ereignet, deren Folgen bis heute anhalten und die noch lange nicht im Griff sind.

In der Bundesrepublik löste die japanische Reaktorkatastrophe eine breite gesellschaftliche und politische Diskussion um die weitere Nutzung der Atomenergie aus. Waren vor Fukushima die Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke heiß umstritten, ging (und geht) es nach Fukushima um den gesamten Ausstieg aus der Atomenergie und um das Tempo des Ausstiegs.

Sofort nach der Fukushima-Katastrophe kam es bundesweit zu zahllosen kleineren und größeren Demonstrationen, die an Mächtigkeit immer weiter zunahm. Der BBU hat von Beginn an zur Teilnahme an den Protesten aufgerufen und hat dabei, wie bereits auch in der Vergangenheit, die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, und das weltweit, gefordert.

Schon seit Ende 2010 war der BBU damit befasst, Demonstrationen an verschiedenen Atomstandorten zum 25. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe (26.04.2011) mitzuorganisieren. Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Fukushima wurde schnell deutlich, dass die Demonstrationen einen weitaus größeren Zulauf bekommen würden als ursprünglich gedacht. Der BBU hatte bundesweit zur Teilnahme an den Demonstrationen aufgerufen, und war besonders an der Organisation der Demonstration (Ostermarsch) zur Urananreicherungsanlage (UAA) im westfälischen Gronau beteiligt. Mit rund 15.000 TeilnehmerInnen fand in Gronau die bisher größte Anti-Atomkraft-Demonstration statt.

Die zahlreichen Massenproteste zeigten Wirkung: Die Bundesregierung gab die Abschaltung einiger Atomkraftwerke bekannt, die noch verbliebenen sollen bis maximal 2022 in Betrieb bleiben. Der BBU begrüßte die ersten Abschaltungen, kritisierte und kritisiert aber weiterhin den Weiterbetrieb der verbliebenen AKW und der vom sogenannten „Atomausstieg“ völlig ausgeklammerten Uranfabriken in Gronau und Lingen. Und so bekräftigte der BBU z. B. in Pressemitteilungen und bei Pressekonferenzen, aber auch durch Aufrufe zu vielen Anti-Atomkraft-Protesten, weiterhin die Forderung nach der sofortigen Stilllegung aller Atomanlagen.

In der Diskussion um Weiterbetrieb oder Stilllegung von Atomanlagen ist es dem BBU immer wieder wichtig, auf das ungelöste Atommüllproblem hinzuweisen. Dies auch vor dem Hintergrund der Mitgliedschaft von Bürgerinitiativen im BBU, die direkt von der Atommüllproblematik betroffen sind. So etwa die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg und die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“. Der BBU hält den Salzstock Gorleben für die Atommüleinlagerung als völlig ungeeignet und hat z. B. wiederholt zur Teilnahme an Aktionen gegen drohende Castortransporte von Jülich nach Ahaus aufgerufen. Wiederholt hat auch ein Vorstandsmitglied des BBU bei Kundgebungen in Ahaus und Jülich gesprochen.

Oft wird vergessen, dass der internationale Uranabbau die entscheidende Grundlage für jegliche Nutzung der Atomenergie darstellt. Um Informationen über die Gefahren des Uranabbaus für die örtliche Bevölkerung in Niger, Kanada, Australien usw., sowie die politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen, hierzulande zu verbreiten, fand am 4. Februar 2012 in Münster eine internationale Urankonferenz statt, die auch vom BBU mit vorbereitet und mitbeworben worden war. In der Abschlusserklärung hieß es:

„200 AtomkraftgegnerInnen aus dem Niger, Russland, Frankreich, Polen, der Türkei, den Niederlanden und Deutschland haben sich am 4. Februar 2012 in Münster zu einer

Internationalen Urankonferenz getroffen. Im Mittelpunkt der Urankonferenz stand die Forderung, die internationale Uranindustrie stillzulegen und den weltweiten Uranabbau, die Urananreicherung sowie die Brennelementefertigung zu stoppen. Die Urankonferenz wurde von einem internationalen Trägerkreis aus 35 Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbänden getragen und ist eine der bundesweit größten Konferenzen dieser Art seit Jahren.“

Anlässlich des ersten Jahrestages der Fukushimakatastrophe (11. März 2012) hat der BBU wieder an der Organisation verschiedener Demonstrationen (Schwerpunkt Gronau) mitgewirkt. Wieder konnten bundesweit Zehntausende (Gronau: 4000) zur Teilnahme mobilisiert werden. Und auch für 2013 wurden bereits ab Ende 2012 Aktionen zum 2. Fukushima-Jahrestag geplant.

Ein wichtiges Anti-Atom-Thema für den BBU in 2012 waren auch die ständigen Urantransporte, die von der Urananreicherungsanlage Gronau z. B. nach Frankreich rollen, oder die von Frankreich nach Gronau fahren. Immer wieder fanden vor der UAA Aktionen statt, an denen sich auch oft ein Vorstandsmitglied des BBU beteiligt hat.

Das für den Atombereich zuständige BBU-Vorstandsmitglied steht im engen Kontakt mit vielen Anti-Atomkraft-Initiativen im gesamten Bundesgebiet (und auch im Ausland), hat an überörtlichen Konferenzen teilgenommen (z. B. in 2012 an zwei Atommüllkonferenzen in Kassel und Hannover), hat sich regional beim Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen eingebracht (das Bündnis wurde im November 2012 BBU-Mitglied) und hat wiederholt bei der Organisation der Landeskonferenzen der nordrhein-westfälischen Anti-Atomkraft-Initiativen (LAKO) mitgeholfen.

Ausführlichere Informationen über das Engagement des BBU gegen die Atomindustrie werden auf der Internetseite des BBU, besonders u. a. bei den dort archivierten Pressemitteilungen und Newslettern dokumentiert.

Der BBU mit seinen Mitgliedsgruppen aus den Reihen der Anti-Atomkraft-Bewegung war von 2010 bis 2012 erneut ein wichtiger Akteur der gesamten Anti-Atomkraft-Bewegung. Er wird sich weiterhin mit größtem Engagement in den Widerstand gegen alle Atomanlagen und für deren sofortige Stilllegung einsetzen.

III.3. Zusammenarbeit mit der internationalen Anti-Atomkraft-Bewegung und Protest gegen internationale Atomprojekte

Der BBU-Vorstand verfügt über sein für den Atombereich zuständiges Vorstandsmitglied über vielfältige Kontakte zu Anti-Atomkraft-Initiativen und AtomkraftgegnerInnen in verschiedenen Staaten. Beispielsweise über WISE in Amsterdam können in weiteren Staaten Kontakte hergestellt werden. Wiederholt wurden vom BBU Aktionen gegen Projekte der internationalen Atomindustrie unterstützt oder eigenständig durchgeführt.

Einige Beispiele:

Finnland:

- Oktober 2011: Der BBU spricht sich gegen ein neues AKW in Finnland aus.

Frankreich:

- Der BBU steht u. a. im Kontakt mit dem französischen Anti-Atomkraft-Netzwerk Sortir du nucléaire.

Japan:

- Im Herbst 2011 und 2012 hat der BBU mit dem japanischen Atomkraftgegner Kazuhiko Kobayashi Vortragsreisen durch die Bundesrepublik organisiert.

Niederlande:

Der BBU unterstützt schon seit Jahren maßgeblich die niederländische Anti-Atomkraftbewegung. Schwerpunkte der Aktivitäten sind der Widerstand gegen die niederländische Urananreicherungsanlage in Almelo und gegen das AKW Borssele:

- Jahreswechsel 2011 / 2012: Der BBU hat mit einem eigenen Sammeleinspruch den Widerstand gegen ein neues AKW am Standort Borssele unterstützt. Zwischenzeitlich wurden die Pläne zum Bau des neuen AKW auf Eis gelegt.
- Juni 2012: Der niederländische Kronprinz hat in Almelo eine neue Halle zur Urananreicherung eingeweiht. Der BBU hat maßgeblich die Protestaktion dagegen mitorganisiert.
- September 2012: Am internationalen Uranaktionstag fand auch in Almelo eine Kundgebung statt. Sie wurde vom BBU mit niederländischen AtomkraftgegnerInnen mit organisiert.
- November 2012: Der BBU sammelt bundesweit Einsprüche gegen die drohende Laufzeitverlängerung des AKW Borssele.

Der BBU hat in den Niederlanden zu verschiedenen Anti-Atomkraft- und Friedens-Initiativen Kontakte: Stichting VEDAN, LAKA, LPTK u. a. m.

Polen:

- Januar 2012: Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat gegen den möglichen Bau von Atomkraftwerken oder Atomanlagen in Polen Einspruch erhoben. In einem Schreiben an die polnischen Behörden heißt es, "durch die polnischen Pläne die Atomenergie auszubauen sehen sich der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und seine Mitglieder in ihren Grundrechten auf körperliche Unversehrtheit, Leben und Eigentum gefährdet. Wie die Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima bewiesen haben, ist die Atomenergie unbeherrschbar und nicht mit dem Recht der Bevölkerung auf Unversehrtheit vereinbar."

Russland / Weissrussland:

In der Vergangenheit wurden rund 30.000 Tonnen Uranmüll von der Urananreicherungsanlage in Gronau zu verschiedenen Atomstandorten in Russland gebracht. Dabei entstanden auch Kontakte zwischen dem BBU und russischen AtomkraftgegnerInnen (u. a. von der Organisation Ecodefense), die bis heute halten und auch noch vertieft werden konnten.

- Mai 2011: Der BBU war Mitorganisator einer Veranstaltung in Gronau mit der russischen Journalistin und Atomkraftgegnerin Swetlana Slobina aus Angarsk
- Juli 2012: Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat in einer E-Mail an die Botschaft der Republik Weißrussland in Bonn gegen die Festnahme von

Atomkraftgegnern in Weißrussland protestiert. In dem Schreiben des BBU heißt es: "Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) der sich für den internationalen Umweltschutz engagiert, solidarisiert sich mit den vier Atomkraftgegnern. Lassen sie den russischen Kernphysiker und Journalisten Andrej Ožarkowiskij, die Journalistin Tatyana Novikov und den Menschenrechtsbeobachter Michael Mackiewicz unverzüglich frei und erlassen sie der Umweltschützerin Irina Suchy, die gegen sie verhängte Geldstrafe!"

- Oktober 2012, Zwei Referentinnen aus Russland und eine aus Weissrussland informierten bei einer Veranstaltung in Gronau, über den Verbleib des Uranmülls aus Gronau in Russland, über die russische Energiepolitik und über die Gefahren, die speziell von (weiss)russischen Atomanlagen ausgehen. Veranstalter waren der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau (eine BBU-Mitgliedsinitiative) und der Natur- und Umweltschutzverein Gronau (NUG) e. V. - in Zusammenarbeit u. a. mit dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz.

Schweiz:

- März 2012: Der BBU fordert die sofortige Stilllegung des AKW Mühleberg.

Tschechien:

- Der BBU ruft im Sommer 2010 zu Einsprüchen gegen neue AKW am Standort Temelin auf.

USA:

- Sommer 2012: Im Zusammenhang mit drohenden Atomülltransporten von Jülich in die USA nimmt der BBU Kontakt mit US-amerikanischen AtomkraftgegnerInnen auf.

III.4. Energiepolitik

Neben der Atompolitik standen auch die anderen Aspekte der Energiepolitik im Fokus der BBU-Aktivitäten.

Dabei hat sich der BBU klar gegen die Kohlekraftwerkspolitik u. a. von Bundes-Umweltminister Altmaier und der NRW-Landesregierung ausgesprochen:

- So bedeutet die Forderung des Bundes-Umweltministers Altmeier, alte durch neue Kohlekraftwerke zu ersetzen, lediglich ein Festhalten an einer umwelt- und klimaschädlichen Technologie und eine ungebrochene Fortsetzung von Kohlendioxid-Emissionen.
- Scharf kritisiert hat der BBU die Bundesregierung und NRW-Landesregierung, die im August 2012 die Inbetriebnahme neuer Braunkohlekraftwerksblöcke in Neurath zugelassen haben. Der Betreiberkonzern RWE hat 2,6 Milliarden Euro in die beiden neuen Braunkohleblöcke investiert. Mit diesem Betrag hätte der verstärkte Ausbau umweltfreundlicher Energien forciert sowie der unvorstellbare Kohlendioxid-Ausstoß vermieden werden können.
- Völlig unakzeptabel ist für den BBU die Anfang November 2012 vom NRW-Umweltministerium verkündete Duldung des Weiterbetriebs des Kohlekraftwerks Datteln ohne immissionsschutzrechtliche Genehmigung.

Als erfreuliches Signal für eine Energiepolitik, die weg von den fossilen Energieträgern führt, sieht der BBU-Vorstand den erfolgreichen Widerstand der Bürgerinitiative Gesundheit und Klimaschutz Unterelbe / Brunsbüttel gegen ein neues Kohlekraftwerk in Brunsbüttel.

Kritisch sieht der BBU auch den forcierten Ausbau von Biogasanlagen.

Biogasanlagen sind nur dann akzeptabel, wenn alle Eingangsstoffe wie etwa Gülle oder Fruchtreste aus der landwirtschaftlichen Kreislaufwirtschaft stammen. Derzeit ist jedoch eine Fehlentwicklung festzustellen, die durch das Stichwort „Vermaisung der Landschaft“ charakterisiert ist – der Anbau von riesigen Mais-Monokulturen zur Energiegewinnung. Eine Minderung der Bodenfruchtbarkeit sowie ein Verlust der Biodiversität sind die Folgen.

Seit Jahren stellt die Kommission für Anlagensicherheit zudem fest, dass ein Großteil der von Sachverständigen geprüften Biogasanlagen sicherheitstechnisch bedeutsame Mängel aufweist. Immer wieder kommt es bei Biogasanlagen zu Bränden, Explosionen oder der Freisetzung giftiger oder umweltgefährdender Stoffe.

Der BBU fordert daher:

- Ein Moratorium für Biogasanlagen, bis das Bundes-Umweltministerium eine Verordnung zur Planung für Biogasanlagen sowie für die technischen und organisatorischen Mindestanforderungen an diese Anlagen erarbeitet hat.
- Die Erstellung einer Technischen Regel Biogasanlagen, um die sicherheitstechnischen Probleme zu lösen.
- Einen verbindlichen „Biogasanlagen-Führerschein“ für Betreiber bzw. für das verantwortliche Personal, damit die verantwortlichen Personen die entsprechende Eignung für den Betrieb der Biogasanlagen besitzen und nachweisen.

Die Positionen des BBU zu Biogasanlagen haben dabei eine breite Berücksichtigung in den Medien gefunden.

Wiederholt hat der BBU zum Stromwechsel aufgerufen. Der BBU appelliert an Unternehmen, Bürogemeinschaften und Privatpersonen, nur noch Strom von Anbietern zu beziehen, die keinen Atomstrom anbieten, und die nicht mit der Atomindustrie verflochten sind. Zur Förderung der Bereitschaft zum Stromwechsel, hin zu einem echten Ökostromanbieter, war der BBU im September 2011 an einer bundesweiten Stromwechsel-Aktionswoche beteiligt, die vom Aktionsbündnis „Atomausstieg selber machen (ASM)“ organisiert wurde, dem auch der BBU angehört.

Der BBU setzt sich für eine Energieversorgung ein, die verstärkt alternative Energien nutzt, die auf die Errichtung von neuen Stromtrassen bestmöglich verzichtet und die auf dezentrale Energieversorgungsstrukturen setzt. Er favorisiert das Konzept „Power to Gas“, bei dem Strom aus Windkraft- und Solar-Anlagen zur Erzeugung von Wasserstoff genutzt wird. Der Wasserstoff kann in das Erdgasnetz eingespeist werden und das so entstandene Wasserstoff-Erdgasgemisch in Blockheizkraftwerken eingesetzt werden. Zur Umsetzung dieses umweltfreundlichen Energiekonzepts, welches keine neuen Leitungstrassen erforderlich macht, hat der BBU auf einem Workshop des Bundes-Umweltministeriums im November 2011 ein Programm zur Errichtung und zum Betrieb von Blockheizkraftwerken gefordert.

Vehement hat sich der BBU in einem offenen Brief an den damaligen Bundes-Umweltminister Röttgen gegen die Zerstörung des weltweit einzigartigen, umweltpolitischen Erfolgsmodells, des Erneuerbare-Energien-Gesetz' (EEG) ausgesprochen und einen Stopp der Reduktion der Einspeisevergütungen verlangt. Die drastischen Kürzungen bei der

Photovoltaik stehen dem Ziel entgegen, CO₂-Emissionen so schnell wie möglich zu reduzieren.

Für den BBU lassen sich ökologische und soziale Belange nicht trennen. Daher hat er gefordert, dass die dringend erforderliche Energiewende nicht zu weiteren Verschlechterungen der Lebensbedingungen von Menschen mit geringen Einkommen oder mit Hartz-IV-Bezug führen darf. Durch eine verfehlte Sozialpolitik ist es bei vielen Menschen zu Stromabschaltungen gekommen. So kam es laut Deutschem Mieterbund 2011 zu rund 500.000 Stromabschaltungen, weil die Rechnungen nicht mehr bezahlt werden konnten. Bei der Diskussion um Strompreise ist nicht die Energiewende in Frage zu stellen, sondern die Höhe der Hartz-IV-Sätze und die prekären Beschäftigungsverhältnisse.

Bei den Kosten der Energiewende fordert der BBU eine vollständige Last-Umkehr: Nicht die vielen kleinen Verbraucher dürfen zur Kasse gebeten werden, sondern die Konzerne und Unternehmen und vor allem die Energiekonzerne selbst, die sich bisher erfolgreich um die EEG- und Netzausbau-Umlagen herumgekommen sind. Insbesondere sind die Subventionen für energieintensive Betriebe zu streichen.

III.5 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

Im Rahmen eines eintägigen Workshop am 27. Juni 2011 im Umweltbundesamt in Dessau kamen Expertinnen und Experten aus Normungsinstituten, Behörden und Umweltverbänden sowie Verantwortliche aus Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, um zu diskutieren, wie die Normung proaktiv den Folgen des Klimawandels begegnen kann. Auf dieser Veranstaltung wurde seitens eines BBU-Vorstandsmitglieds der Vortrag „Normung und Klimawandel – Handlungsbedarf aus Sicht der Umweltverbände“ gehalten. Damit hatte sich erstmals ein Umweltverband dieses Themas angenommen.

Am 19.1.2012 veranstaltete der BBU einen Workshop zum Thema: „Energie, Klimawandel, Anpassung an den Klimawandel und Normung“ im Landesmuseum des Landschaftsverbandes Rheinland in Bonn. Bei der Veranstaltung standen vier Themenblöcke auf der Tagesordnung, in denen namhafte Referentinnen und Referenten aus Umweltverbänden und Fachbehörden zu Wort kamen:

- Im Themenblock „Energie- und Klimateffizienz“ wurde das zukunftsweisende Konzept „Power to Gas“ dargestellt und erläutert.
- Der Themenblock „Probleme und Irrwege“ beinhaltete Vorträge zu Desertec, Fracking, CCS, Biomassenutzung und zur Nutzung der Gentechnik. Alle diese Varianten sind nicht in der Lage, die Probleme des Klimaschutzes und des Klimawandel zu lösen bzw. führen zu nicht beherrschbaren Risiken.
- Im Themenblock „Anpassung an den Klimawandel“ wurden die Folgen des Klimawandels und Strategien zur Anpassung in NRW sowie die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel dargestellt. Der Vortrag über „Technische Regeln Anlagensicherheit und Anpassung an den Klimawandel“ zeigte am Beispiel der TRAS 310 „Vorkehrungen und Maßnahmen wegen der Gefahrenquellen Niederschläge und Hochwasser“ und eines Ausblicks auf zukünftige Technische Regeln auf, welche Anforderungen und Probleme bei ihrer Erarbeitung zu bewältigen sind.
- Im Themenblock „Normung und Klimawandel“ stellten Vertreter von DIN und DKE dar, welche Möglichkeiten die Normung bietet, um den Schutz des Klimas und die Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Als praktisches Beispiel wurde von einer BBU-Vertreterin der Entwurf der ISO-Norm 14067 „Carbon Footprint für Produkte“ vorgestellt. Zum Abschluss der Veranstaltung wurden die Perspektiven der

Normung im Bereich „Anpassung an den Klimawandel“ aus Sicht des BBU dargestellt.

Über die gut besuchte Veranstaltung wurde in der überregionalen Presse berichtet. Die Power-Point-Folien der Vorträge sind auf der Homepage des BBU zu finden (<http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Normung/Workshop.html>).

Das Thema „Anpassung an den Klimawandel“ ist zudem Gegenstand mehrerer Gremien, in denen der BBU vertreten ist:

- Im KAS-Arbeitskreis „Umgebungsbedingte Gefahrenquellen“ wird das derzeit beim Umweltbundesamt laufende Forschungsvorhaben zu den umgebungsbedingten Gefahrenquellen „Wind und Schnee“ begleitet. Der Arbeitskreis prüft, ob aufbauend hierauf eine TRAS erarbeitet werden soll.
- Der KU TS 2 „Themenschwerpunkt Anpassung an den Klimawandel“ der Koordinierungsstelle Umweltschutz des DIN hat im September 2012 mit seiner Arbeit begonnen und nähert sich dem Thema sukzessive an.

III.6 Carbon Capture and Storage (CCS)

Der BBU unterstützt den Widerstand gegen CCS - die Abscheidung, den Transport und die Verpressung von Kohlendioxid unter Tage. Dies gilt unabhängig davon, ob Kohlendioxid aus Kraftwerken oder Industrieanlagen stammt.

Bei CCS handelt es sich um eine nicht beherrschbare Risikotechnologie. CO₂ wirkt erstickend und ist schwerer als Luft. Milliarden Tonnen Kohlendioxid, die mit hohem Druck in den geologischen Untergrund verpresst werden sollen, werden zu CO₂-Austritten, Grundwasserversalzungen oder anderen Störfällen führen. Beim unkontrollierten Austritt von CO₂ besteht die Gefahr von zahlreichen Toten in der Umgebung der Speicherleckagen. Der Rückbau eines CO₂-Speichers ist nicht möglich.

Die geplante Einführung der CCS-Technologie ist auch energiepolitisch und klimapolitisch verfehlt. Sie soll zudem gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden. Vom derzeitigen CCS-Gesetz werden lediglich die großen Energiekonzerne profitieren, deren Kohlekraftwerke so eine Legitimation bekommen sollen. Mit der CCS-Technologie soll eine überholte Energiepolitik mit zentralen Großkraftwerken zementiert und die klimaschädliche Kohlenutzung verlängert werden.

Der BBU hat daher bereits am Beginn der Diskussion über CCS erklärt, dass er keine Versuchsspeicher oder Akzeptanzgespräche für CCS akzeptiert. Das derzeitige deutsche CCS-Gesetz muss durch ein Verbotsgesetz ersetzt werden. Eine Rücknahme des bestehenden CCS-Gesetzes hat der BBU wiederholt von Bundes-Umweltminister Peter Altmaier gefordert, zuletzt am 24.7.2012 als Reaktion auf dessen widersprüchliche Aussagen zu CCS. Die Bundesländer hat der BBU aufgefordert, ihren Spielraum gegen die Einführung der CCS-Technologie zu nutzen. Laut CCS-Gesetz ist den Bundesländern gestattet, die CO₂-Endlagerung auf ihrem Gebiet zu unterbinden, auch wenn sie auf der Bundesebene erlaubt ist.

Im Rahmen seiner Aktivitäten hat der BBU zur Teilnahme an Protestaktionen aufgerufen oder auf die Übergabe von Unterschriftenlisten an den Bundesrat hingewiesen. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz wird weiterhin den Widerstand der Bürgerinitiativen gegen die drohende CO₂-Endlagerung unterstützen.

Mit großer Besorgnis sieht der BBU die Pläne Dänemarks zur CO₂-Verpressung. Das dänische Umweltministerium beabsichtigt, Unternehmen die CO₂-Verpressung in der

dänischen Nordsee „anzubieten“. Mittels Verpressung von CO₂ soll die Ausbeute aus fast ausgeförderten Erdgas- und Erdöllagerstätten in der Nordsee erhöht werden. Der BBU und die schleswig-holsteinische Bürgerinitiative gegen das CO₂-Endlager e. V. haben deshalb im Rahmen der Beteiligung Träger öffentlicher Belange ihre Bedenken in Form einer schriftlichen Stellungnahme bei den zuständigen dänischen und deutschen Behörden eingereicht. Sie fordern insbesondere ein neues Umweltgutachten. Zudem hatte der BBU die Bevölkerung aufgerufen, Einwendungen gegen das Vorhaben zu erheben. Dazu wurden ein Sammeleinspruch des BBU in Form einer Unterschriftenliste sowie ein Muster-Einspruch der Bürgerinitiative auf die Homepage des BBU gestellt. Die innerhalb weniger Tage gesammelten 250 Unterschriften wurden an die staatlichen Stellen geschickt. Ergänzend hat der BBU auch einen ausführlicheren Einspruch eingereicht

III.7. Hydraulic Fracturing (Fracking)

In den Jahren 2010 – 2012 sind der Bevölkerung zunehmend die Risiken der Ausbeutung unkonventioneller Gasvorkommen mittels des Hydraulic Fracturing (Fracking) bewusst geworden. Hierdurch soll insbesondere Schiefergestein ausgebeutet werden. Dabei wird mittels eines in den Boden getriebenen Gestänges ein Gemisch von Wasser, Sand und Chemikalien in den Boden gepresst, um das Gestein aufzubrechen und das so entweichende Gas ungestört abpumpen zu können. Dabei können die Chemikalien alle Gefährlichkeitsmerkmale aufweisen (sehr giftig, krebserregend, umweltgefährlich etc.). Die möglichen Folgen sind u.a. erhebliche Grundwasserkontaminationen, Gasmigrationen, eine verringerte Stabilität des Untergrunds und eine ungelöste Abfallproblematik aufgrund des wieder an die Oberfläche gepumpten Chemiecocktails, der auch radioaktiv belastet sein kann. Bei Störfällen kann es zu schwerwiegenden Gesundheitsschäden in einem Umkreis von mehreren Kilometern kommen.

In Deutschland sind insbesondere Bundesländer wie Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern betroffen. In Nordrhein-Westfalen ist ein Großteil der Landesfläche unter den großen Energiekonzernen aufgeteilt. Sie haben sich in diesem Bundesland ihre Claims gesichert. Daher liegt der regionale Schwerpunkt der Anti-Fracking-Bewegung derzeit in NRW, wobei auch in anderen Bundesländern der Widerstand gegen Fracking kontinuierlich steigt.

Der BBU befasste sich schon Ende 2010 mit dem Thema Fracking und hat im Juni 2011 zur Teilnahme an einer überörtlichen Anti-Fracking-Demonstration in Münster aufgerufen. Er hat in der Folge die Bildung von Bürgerinitiativen unterstützt und Vorträge zu den Gefahren von Fracking gehalten.

Als erster Umweltverband hat der BBU im September 2011 ein gesetzliches Verbot der Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten (Fracking) gefordert. Der BBU hat dabei betont, dass es sich bei Fracking um eine unbeherrschbare Risikotechnologie handelt. Die von verschiedenen politischen Parteien diskutierte Pflicht, zukünftig eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Fracking durchzuführen, lehnt der BBU als unzureichend ab. Fracking kann nicht mittels einer UVP umweltverträglich gestaltet werden, es muss vielmehr verboten werden. Der BBU hat wiederholt alle im Bundestag vertretenen Parteien aufgefordert, sich dieser Forderung anzuschließen. Bisher vertritt nur eine Fraktion diese Position.

Zudem hat sich der BBU an dem begleitenden Arbeitskreis zur Erstellung des nordrhein-westfälischen Fracking-Gutachtens beteiligt. Aufgrund des Wortbruchs der NRW-Landesregierung hinsichtlich einer effektiven Begleitung des Gutachtens und des daraus resultierenden defizitären Ergebnisses muss der Prozess als negativ beurteilt werden (siehe Abschnitt IV.4 des Rechenschaftsberichts).

In der Folge haben die Energiekonzerne, die NRW-Landesregierung sowie das Bundes-Umweltministerium versucht, den Eindruck zu erwecken, dass es kein Fracking in Deutschland bzw. NRW geben werde, obwohl ihre eigenen Aussagen in Widerspruch hierzu stehen:

- So hat die Firma Wintershall – eine 100 prozentige BASF-Tochter - im September 2012 erklärt, dass sie die umstrittene Förderung von Schiefergas (Fracking) in den nächsten Jahren in Europa ausschließt. Allerdings soll es weiterhin Probebohrungen geben. In einem offenen Brief hat der BBU daraufhin Wintershall aufgefordert, seine Fracking-Pläne und die Erkundungen unverzüglich und endgültig zu beenden. Eine derartige Erklärung hat Wintershall bezeichnenderweise nicht abgegeben.
- Die NRW-Landesregierung hat aus dem vorgelegten Gutachten lediglich die Konsequenz gezogen, dass es in NRW „bis auf Weiteres keine Genehmigungen für Erkundung und Gewinnung unkonventioneller Erdgas-Lagerstätten unter Einsatz von schädlichen Substanzen (Fracking) geben“ wird. Zudem sollen Erkundungs- und Forschungsbohrungen erfolgen. Der BBU fordert hingegen eine endgültige Absage an die Förderung unkonventionellen Erdgases, einen Verzicht auf jegliche Erkundungs- und Forschungsbohrungen sowie eine Bundesratsinitiative für ein Fracking-Verbot.
- Das Bundes-Umweltministerium hat aus einem von BMU und UBA in Auftrag gegebenen Gutachten lediglich die Konsequenz gezogen, Fracking unter hohen Auflagen zuzulassen. Der BBU fordert von der Bundesregierung ein gesetzliches Fracking-Verbot.

Mit Erkundungs- und Probebohrungen – mit oder ohne Fracking – sieht der BBU den Einstieg in eine unverantwortbare Risikotechnologie. Er wird die Bevölkerung bei ihrem Widerstand auch gegen diese ersten Schritte unterstützen.

III.8 Immissionsschutz, Abfallpolitik und Anlagensicherheit

Ein zentraler, langjähriger Arbeitsbereich des BBU ist der anlagenbezogene Immissionsschutz. Eine Verbindung zur Abfallpolitik besteht dadurch, dass Abfalllager und Müllverbrennungsanlagen lediglich ein immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren durchlaufen müssen. Zudem erfolgt eine Verbrennung von Abfällen in industriellen Anlagen wie Zementwerken, Kalkwerken, Kohlekraftwerken usw. Es stellt sich zudem aufgrund der gelagerten oder eingesetzten Einsatzstoffe häufig die Frage, ob die Anlagen unter den Geltungsbereich der Störfall-Verordnung (12. BImSchV) fallen.

Im Bereich des anlagenbezogenen Immissionsschutzes lag ein Schwerpunkt der BBU-Arbeit auf der Situation im hessischen Großenlüder, die gekennzeichnet ist durch Anlagen, die gleichzeitig dem Immissionsschutzrecht unterliegen wie auch Verbindungen zum Abfall- und Störfallrecht aufweisen. Hierzu gehören eine Aufbereitungsanlage für teerpechhaltigen Straßenaufbruch sowie Zement- und Kalkwerke einschließlich eines damit in Verbindung stehenden Kalksteinbruchs. Hierbei gab es eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem BBU-Vorstand und der BBU-Mitgliedsinitiative Pro Lebensraum Großenlüder e.V.

Bei der Aufbereitungsanlage für teerpechhaltigen Straßenaufbruch, der einen krebserzeugenden und stark wassergefährdenden Abfall darstellt, fanden in den letzten 19 Monaten folgende Entwicklungen statt:

- Durch einen Bebauungsplan sollte die Anlage planungsrechtlich abgesichert werden. Hierzu hatten die BBU-Mitgliedsinitiative Pro Lebensraum Großenlüder e.V., der BBU und der örtliche BUND eine Stellungnahme abgegeben. In dieser wurde auf

zahlreiche Ermittlungsdefizite, die Verletzung planerischer Bestimmungen zum Immissionsschutz und die Nichteinhaltung des Gebots des Art. 12 der Seveso-II-Richtlinie, angemessene Abstände einzuhalten, eingegangen. Es wurde der ersatzlose Abbruch des Bebauungsplanverfahrens gefordert. Der Bebauungsplan ist bis heute nicht verabschiedet worden.

- Der Widerstand gegen die Anlage war zudem so massiv, dass der Betreiber seine Pläne zur Erhöhung der Anlagenkapazität auf etwa das Vierfache aufgeben musste. Der bereits eingereichte Antrag wurde zurückgenommen.
- Der Betreiber hatte dem Regierungspräsidium Kassel danach verschiedene Änderungen angezeigt, darunter die Erhöhung der Tagesdurchsatzmenge. Nachdem der BBU und die Bürgerinitiative in einem mehrseitigen Antrag begründet hatten, dass die Umsetzung der geplanten Anlagenänderungen einer immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung bedarf, die in einem öffentlichen Verfahren zu erfolgen hat, und die Anzeige daher von der Behörde zurückzuweisen ist, wurde die Anzeige durch den Betreiber selbst zurückgezogen.
- Der Versuch, die Änderung der Tagesdurchsatzmenge in einem immissionsschutzrechtlichen Verfahren zu erwirken, scheiterte ebenfalls am konsequenten Widerstand vor Ort. Der Betreiber zog in der Folge seinen eingereichten Antrag auf Erteilung einer Änderungsgenehmigung zurück.

Ein weiterer Schwerpunkt bestand in der Auseinandersetzung mit dem Antrag der Firma Zement- und Kalkwerke Otterbein GmbH & Co KG zur Vertiefung ihres Kalksteinbruchs:

- In einem Einspruch gegen das Vorhaben hatten die BBU-Mitgliedsinitiative Pro Lebensraum Großenlüder e.V., der BBU und der örtliche BUND erhebliche Kritik am Vorhaben geäußert. Zur Begründung des Einspruchs betonte der BBU, dass das Vorhaben nicht mit den Regelungen zum vorhandenen Heilquellenschutzgebiet, den benachbarten Trinkwasserschutzgebieten, den gesetzlich geschützten Biotopen und dem Denkmalschutzgesetz in Einklang zu bringen ist. Zudem droht eine unzulässige Beeinträchtigung der Natura 2000/FFH-Gebiete im Einwirkungsbereich des Vorhabens. Weiterhin heißt es im Einspruch des BBU, dass das Aufkommen an Staub und Lärm systematisch unterschätzt wird, die Sicherheit von Umwelt und Bevölkerung bei den geplanten Sprengungen nicht gegeben und die Erfüllung der Pflichten der Störfall-Verordnung nicht dargelegt ist.
- Bereits im Vorfeld des Erörterungstermins hatte der BBU die mangelnde Transparenz und fehlende Bürgerfreundlichkeit der Genehmigungsbehörde kritisiert. So wurde vom Regierungspräsidium Kassel eine Vorab-Veröffentlichung der Tagesordnung des Erörterungstermins und die Beteiligung der Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlüder an der Erstellung der Tagesordnung abgelehnt. Auch ein Wortprotokoll der Erörterung wurde trotz Antrag der Bürgerinitiative nicht erstellt. Diese Tendenz setzte sich auf dem Erörterungstermin fort. Da sich unter anderem die Beistände der Einwender systematisch an den Darlegungen der Sachverhalte durch die Behörde behindert sahen und keine vernünftige Dokumentation gewährleistet war, wurden mehrere Befangenheitsanträge gegen die Verhandlungsleitung gestellt. Trotzdem gelang der Bürgerinitiative und den auf dem Termin anwesenden BBU-Vertretern gravierende Mängel in den Bereichen Standsicherheit, Hydrogeologie, Immissionsschutz und Störfallrecht aufzuzeigen. Im Berichtszeitraum erging keine Entscheidung über den Antrag des Betreibers.

Zudem hatte der BBU die Staatsanwaltschaft Fulda eingeschaltet, um undurchsichtige Vorgänge bei den Zement- und Kalkwerken (ZKW) Otterbein in Großenlüder zu klären und zu ermitteln, ob die Straftatbestände des ungenehmigten Betriebs von Anlagen (§ 327 StGB) und der Luftverschmutzung (§ 325 StGB) erfüllt sind. Anlass hierfür war eine Veröffentlichung, in der die Errichtung und der Betrieb einer Anlagenkomponente zur

Verbrennung von Petrolkoks im Jahr 2006 dargestellt wurden. Die Genehmigungs- und Überwachungsbehörde war nie über diesen Vorgang informiert worden.

Im Bereich des gebietsbezogenen Immissionsschutzes standen die Städte Witten und Herne im Vordergrund der Aktivitäten des BBU.

Aufgrund von Recherchen des BBU wurde publik, dass der Immissionsgrenzwert für Stickstoffdioxid in Witten weit stärker überschritten war als vom gültigen Luftreinhalteplan prognostiziert. Damit ist der Luftreinhalteplan Witten in seiner jetzigen Form gescheitert. Der BBU forderte daher die Bezirksregierung Arnsberg und die Stadt Witten auf, endlich wirksame Maßnahmen zur Minderung der Stickstoffdioxidimmissionen zu ergreifen und kurzfristig einschneidende Verkehrsbeschränkungen durchzusetzen.

Weiterhin unterstützte der BBU intensiv die Bemühungen eines Herner BBU- Mitglieds, die Einhaltung der Grenzwerte für Feinstaub auf dem Klageweg gegen die Stadt Herne durchzusetzen. Herne weist im laufenden Jahr die bundesweit höchste Anzahl von Überschreitungen des deutschen und europäischen Feinstaub-Grenzwerts von 50 µg/m³ als Tagesmittelwert auf. Die zulässige Anzahl liegt bei 35 Überschreitungen. In Herne ist es zu 70 Überschreitungen in 2012 gekommen. Es konnte zwar erreicht werden, dass das Oberverwaltungsgericht NRW der Nichtzulassungsbeschwerde des Klägers stattgab und auch seinen Anspruch auf Einhaltung einer bestimmten Luftqualität ohne die Darlegung bestimmter Maßnahmen bestätigte. Nicht überzeugend war jedoch die Ablehnung der Klage mit der Begründung, dass keine verkehrlichen Maßnahmen der Kommune zur Reduzierung der Luftbelastung denkbar seien. Der BBU wird die Problematik weiter verfolgen, da hier eindeutig ein Verstoß gegen das europäische Immissionsschutzrecht vorliegt.

Im Bereich der Anlagensicherheit konnte der BBU hingegen einen Erfolg vor Gericht verzeichnen. So bestätigte das Verwaltungsgericht Köln den Anspruch eines BBU-Vorstandsmitglieds, Anschriften sowie Betreiber- und Firmennamen von Störfallanlagen übermittelt zu bekommen. Nachdem das Bundes-Umweltministerium der Übermittlung bereits zugestimmt hatte, hatten mehrere Betreiber Einspruch und dann Klage eingereicht. Das Gericht ließ sich jedoch nicht von den Teilen der Industrie beeindrucken, die die Angst vor Terrorismus benutzen wollten, um jegliche Information und Kontrolle der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeiten zu verhindern.

Im Bereich der Gefahren durch unvorhergesehene Stofffreisetzungen hat sich der BBU auch mit der 67 Kilometer langen Pipeline, die dem Transport von Kohlenmonoxid (CO) zwischen den Chemiestandorte Dormagen und Krefeld-Uerdingen dienen soll, befasst. Antragstellerin ist die Bayer Material Science (BMS) AG. Der BBU hat die Bevölkerung aufgerufen, sich mit dem Vorhaben auseinanderzusetzen und selbst bei der Bezirksregierung Düsseldorf im Rahmen des Planänderungsverfahrens einen Einspruch eingelegt. Nach Auffassung des BBU ist eine derartig lange Pipeline nicht lückenlos kontrollierbar.

III.9 Gesundheitsrisiken durch Schadstoffe in Innenräumen

Die internationale Stiftung nano-Control ist Mitglied im BBU.

Sie engagiert sich für gesunde Raumluft. Im Zentrum ihrer Arbeit steht die Problematik der Emissionen von Laserdruckern und Kopierern und den daraus resultierenden Immissionen. So befinden sich Feinstaub, Nanopartikel und weitere Schadstoffe in Tonern und führen zu entsprechenden Emissionen aus den jeweiligen Geräten. Bekannt ist auch, dass Laserdrucker während des Druckprozesses flüchtige organische Verbindungen (FOV), Ozon und Tonerstaub emittieren. Auch Schwermetalle werden regelmäßig nachgewiesen und immer häufiger Organozinnverbindungen wie Tributylzinn.

Die Gründungstifter sind Betroffene, die durch Toner und Emissionen aus Laserdruckern krank geworden sind. Nano-Control informiert über Toneremissionen- und immissionen, die typischen Symptome einer Erkrankung durch Toneremissionen sowie über Schutzmaßnahmen. Zudem erfolgt eine Beratung von Betroffenen. Es werden auch spezielle Informationen für Betriebsräte und Arbeitgeber, für Mediziner, Kitas und Schulen bereitgestellt.

Nano-Control fordert.

- Aufklärung von Verbrauchern, Arbeitgebern, Medizinern und Politikern
- Einrichtung eines allgemeinzugänglichen Informationspools und Experten-Netzwerkes für Verbraucher
- Entwicklung eines Lösungskonzeptes
- Entwicklung anerkannter Prüfverfahren, Qualitätskontrollen und Prüfsiegel
- Internationales Verbot der Schadstoffe in Tonern
- Anerkennung von Schädigungen durch Toner als Berufskrankheit

III.10 Verkehrspolitik

In der Verkehrspolitik war der BBU in den Bereichen Schienenverkehr, Straßenverkehr und Flugverkehr aktiv.

Im Bereich des Schienenverkehrs war die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 ein zentraler Bestandteil der BBU-Arbeit. Der BBU steht dabei auf Seiten der Bevölkerung, die den Abriss des bestehenden Kopfbahnhofs und die neue Bahnhofskonzeption ablehnt. Der BBU hat sich mit den gewaltfreien Aktionen der Stuttgart-21-Bewegung solidarisiert und wiederholt die martialischen Polizeieinsätze kritisiert.

Der BBU hat bereits frühzeitig einen Baustopp und eine Projektaufgabe gefordert. An diesen Forderungen hat sich trotz des gescheiterten Volksentscheids nichts geändert, da die Probleme des Projekts ungelöst sind. Der BBU hatte zudem bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart eine Überprüfung des Projektes Stuttgart 21 und des dazu gehörigen sogenannten Stresstests und der damit im Zusammenhang stehenden Volksabstimmung auf strafrechtliche Verstöße durch verschiedene Institutionen und Personen beantragt.

In der Wahl des neuen Oberbürgermeisters von Stuttgart sieht der BBU eine deutliche Positionierung der Wählerinnen und Wähler gegen das umstrittene Bahnprojekt Stuttgart 21 und eine „Neutralisierung des Volksentscheids“. Der BBU hat daher Fritz Kuhn und die baden-württembergischen Landesregierung aufgefordert, alles zu unternehmen, um sämtliche Vorgänge und Baurechte für das Projekt Stuttgart 21 zu überprüfen.

Zudem ist der BBU Mitglied im Bündnis „Bahn für alle“, das sich ursprünglich gegen die Bahnprivatisierung gegründet hatte, aber auch Themen wie Sicherheitsaspekte beim ICE oder Stuttgart 21 bearbeitet. Der BBU nimmt regelmäßig an den Telefonkonferenzen von „Bahn für alle“ teil.

Im Bereich Straßenverkehr ist der BBU eine der Partner-Organisation der aktuellen Europäischen Bürgerinitiative "30km/h – macht die Straßen lebenswert!"

Eine "Europäische Bürgerinitiative (EBI)" ist ein Volksbegehren auf EU-Ebene. Damit kann direkter Einfluss auf die Gesetzgebung der EU genommen werden, wenn innerhalb eines Jahres mindestens 1 Million Unterstützungserklärungen aus sieben oder mehr

Mitgliedsländern der EU gesammelt werden. Gelingt das, ist die EU-Kommission verpflichtet, das Thema aufzugreifen, eine Lösung vorzuschlagen und gegebenenfalls gesetzgeberisch tätig zu werden.

Ziel der Europäischen Bürgerinitiative "30km/h – macht die Straßen lebenswert!" ist die EU-weite Einführung von 30 km/h als standardmäßiger Höchstgeschwindigkeit in den Städten und Dörfern. Damit wird die Luftqualität insbesondere in Bezug auf Feinstaub und Stickoxide verbessert, durch reduzierten CO₂-Ausstoß ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet sowie die Lärmbelastung reduziert. Außerdem werden durch eine bessere Verkehrssicherheit die Bedingungen schwächerer Verkehrsteilnehmer verbessert.

Im Bereich Flugverkehr hat sich der BBU angesichts der Lärmbelastung der Anwohner sowie der negativen Effekte für den Klimaschutz für ein generelles Verbot von Nacht- und Billig-Flügen ausgesprochen. Für Berlin-Schönefeld hat er angesichts eines für die Anwohner negativen Urteils des Bundesverwaltungsgerichts ein Nachtflugverbot und die Reduzierung der Anzahl der Flüge gefordert.

Der BBU hat sich auch gegen die Reaktivierung des ehemaligen Flughafens Twente (NL) zu einem Zivilflughafen engagiert.

III.11 Gewässerschutz

Gewässerschutz ist nach wie vor ein wichtiges Thema der BBU-Arbeit. Die vorstehend dargestellten Themen CCS und Fracking, die Schwerpunkte der BBU-Arbeit sind, sind dabei direkt für den Schutz des Grundwassers relevant. Darüber hinausgehende Problemfelder wurden von den BBU-Mitgliedsinitiativen AK Wasser im BBU und VSR Gewässerschutz kontinuierlich bearbeitet.

Im Bereich des Schutzes der Oberflächengewässer hat der BBU gemeinsam mit dem LBU Niedersachsen klar Stellung gegen die noch immer drohende Elbvertiefung bezogen. Durch die erhöhte Unterhaltungsbaggerung würde sich die Wasserqualität verschlechtern. Zudem würde das Salzwasser weiter fortschreiten. Betroffen wären Oberflächenwasser und das Grundwasser im Bereich Altes Land, südlich von Stade.

Seit der BBU-Mitgliederversammlung des BBU Ende 2012 engagiert sich der Verband auch wieder verstärkt für den Meeresschutz. Dazu hat er einen Themenschwerpunkt „Meeresschutz“ eingerichtet.

Ende 2012 hat der BBU von der Europäischen Kommission gefordert, angesichts der sich abzeichnenden Inbesitznahme der Meere durch die Industrie eine öffentliche gesellschaftliche Debatte über diesen Vorgang einzuleiten. Die Europäische Kommission beabsichtigt, bis 2020 eine digitale Kartierung des Meeresbodens aller Europa umgebenden Meere auf den Weg zu bringen. Dazu hat sie ein „Green Paper“ verfasst. Hierbei steht der Nutzen für die Industrie im Vordergrund. Der BBU vertritt im Gegensatz hierzu die Position, dass eine Ausbeutung der Meere nicht weiter erfolgen darf. Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit hat der BBU daher bei der Europäischen Kommission grundlegenden Widerspruch gegen die im Papier „Green Paper“ dargelegten Pläne zur Kartierung des Meeresbodens erhoben.

III.12 Natur und Landschaftsschutz

Im BBU sind auch Bürgerinitiativen und Verbände organisiert, die sich vorrangig im Bereich Natur- und Artenschutz engagieren. Die Naturschutzarbeit des BBU erfolgt durch seine Mitgliedsgruppen.

So führt beispielsweise der Arbeitskreis Umweltschutz Bochum (AKU) vielfältige Aktionen durch:

- Die regelmäßigen Baumschnittaktionen (Kopfweiden) dienen zum Erhalt der Weidenstämme, die Höhlen für Vögel und Fledermäuse bieten und Insektenlarven und Pilzen als Wohnstätte dienen.
- Im Bereich des Fledermausschutzes erfolgt eine Beringung von Großen Abendseglern, um im Herbst gezielt Tiere für eine Besenderung auswählen zu können. Auf diese Weise lassen sich die Winterquartiere in Baumhöhlen finden.
- Zum Schutz der Amphibien legt der AKU Laichgewässer an.
- Außerdem betreibt der AKU eine Igel-Auffangstation zur Pflege verletzter oder kranker Tiere.
- Ein weiterer Schwerpunkt ist die Bekämpfung invasiver Neophyten, z.B. Herkulesstaude, indisches Springkraut und japanischer Staudenknöterich.

Die niedersächsischen BBU-Mitgliedsorganisation Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) ist ein nach dem Bundes-Naturschutzgesetz anerkannter Naturschutzverband. Im LBU Niedersachsen sind rund 100 Initiativen organisiert, von denen sich etliche im praktischen Naturschutz engagieren. Exemplarisch sind folgende Initiativen zu nennen:

Der Arbeitskreis Naturschutz in der Samtgemeinde Tostedt (AKN) hat seine Schwerpunkte im Bereich Biotopschutz und -pflege (Moore, Gewässer, Grünland, Trockenbiotop) sowie im Artenschutz (Amphibien, Vögel, Insekten, Gefäßpflanzen). Er ist bei der Erfassung von Fledermäusen und bei Biotoppflegeaktionen in der Lüneburger Heide aktiv. Der AKN engagiert sich beim Moorschutz, z.B. bei der Entkusselung, der Entfernung des nicht natürlichen Baumbestandes in Mooren. Dieser Baumbewuchs ist eine Folge der Trockenlegung bei der Nutzung der Moore und des Nährstoffeintrags in das sensible Ökosystem Moor. Der AKN richtet Insektenhotels ein, d.h. Nischen und Schlupflöcher, die als Nisthilfe und zur Ei-Ablage genutzt werden oder dem Schutz vor Regen und Wind dienen. Im Rahmen seiner umweltpädagogischen Arbeit führt er Kinderexkursionen durch. Kartierungsarbeiten, Zäunungsarbeiten und Mäharbeiten runden das Spektrum der Aktivitäten ab.

Die Schutzgemeinschaft Wallheckenlandschaft Leer e.V. setzt sich für den Erhalt, die Pflege und die Neuanlage von Wallhecken ein. Wallhecken sind gesetzlich unter Schutz gestellt. Sie sind ein Bestandteil der ostfriesischen Kulturlandschaft, deren Ursprung über 1000 Jahre zurückreicht. Wallhecken prägen die Landschaft, schützen vor Winderosion und sind Lebensraum, Zufluchtsort und Nahrungsquelle für Hunderte, teilweise vom Aussterben bedrohte Tierarten.

Der Verein pro Wabe e. V. ist der Naturschutzverein für das Wabetal. Er engagiert sich bei der Renaturierung des Wabetals, initiiert floristische Kartierungen, pflanzt Heckenpflanzen und führt Radtouren und Spaziergänge zum Erleben der Natur durch. Der Verein bietet durch Mitglieder und/oder Gäste regelmäßig Veranstaltungen für alle Altersgruppen an, um

Kenntnisse zur Flora und Fauna sowie zu allgemeinen ökologischen Themen zu vermitteln. Hierzu gehört u.a. auch die stadtoökologische Bedeutung der Wabeniederung für die Stadt Braunschweig.

Die Bürgerinitiative für Naturschutz und Stadtökologie - BINSE - ist 1992 aus der im März 1984 gegründeten BürgerInneninitiative "Keine Straße durch die Bornhorster Wiesen" hervorgegangen. Damaliger Anlass war der drohende Straßenbau der "L 65 neu" durch die Bornhorster Wiesen. Die Straße wurde mit vereinten Kräften aller Oldenburger UmweltschützerInnen verhindert. Die Wiesen sind nach wie vor ein Hauptinteressengebiet der BINSE. Im März 1991 erfolgte die Ausweisung als Naturschutzgebiet. Ein wichtiges Vogelrast- und Brutgebiet im Hunte-Jade-Korridor direkt vor den Toren Oldenburgs wurde somit gesichert. Ein BINSE-Mitglied ist seit 1993 Landschaftswart im Naturschutzgebiet "Bornhorster Huntewiesen". Langfristige Projekte sind der Baumschutz sowie die Verhinderung des Ausbaus des Küstenkanals in der Stadt Oldenburg. Weiter stehen die Anlage, Betreuung und Pflege von Obstwiesen (z.B. Projekt "Obstwiese Kummerkamp"), das Engagement im Fließgewässerschutz (z.B. Projekt "Rettung der Bachmuschel") und im Vogelschutz (z.B. Projekt "Wiesenvogelschutz - Erhaltung der alten Kulturlandschaft) im Vordergrund der Arbeit. Die BINSE bietet auch Exkursionen u. a. in die Bornhorster Huntewiesen, das Eversten-Holz und das Eversten-Moor an.

Naturschutzaspekte berühren zudem verschiedene Arbeitsbereiche des BBU, vor allem im Zusammenhang mit der Planung bzw. Realisierung von Umgehungs- und Fernstraßenvorhaben. Insbesondere im Vorfeld von Planfeststellungsverfahren erreichen den BBU daher Anfragen, wie schützenswerte Naturräume gerettet werden können. Biotop- und Artenschutz spielen dabei in der Widerstands-Diskussion eine große Rolle, ebenso die Bedeutung von Naherholungsgebieten. Auch in BBU-Arbeitsbereichen wie Flughafenbau /-erweiterung oder bei der Ausweisung von Bebauungsplänen (Wohngebiete / Industrieansiedlungen) ist die Beachtung von Vorkommen seltener Tier- und Pflanzenarten von erheblicher Bedeutung, da oft letzte Refugien seltener Arten bedroht sind.

Im Zeitraum 2010 – 2012 war der BBU wiederholt mit Konfliktabwägungen Naturschutz / Regenerative Energien befasst. Die Nutzung von Offshore-Windkraftanlagen war dabei ebenso ein Thema wie die Nutzung von Windkraftanlagen im Binnenland.

BBU-Vorstandsmitglieder befassen sich zudem immer wieder mit verschiedensten Fragestellungen hinsichtlich des Naturschutzes, z.B. im Rahmen von Genehmigungsverfahren. Und in der BBU-Geschäftsstelle gehen Fragen von Bürgerinnen und Bürgern ein, die oftmals ein wohnortnahes Biotop, Bäume oder Grünstreifen gefährdet wissen und um Unterstützung seitens des BBU bitten. Sofern Ortskenntnisse erforderlich sind, verweisen die BBU-Geschäftsstelle oder zuständige BBU-Vorstandsmitglieder an örtliche verankerte Bürgerinitiativen und Umweltgruppen im BBU, bzw. auch an befreundete Initiativen. Bei allgemeinen Fragestellungen werden telefonisch, per E-Mail oder postalisch Auskünfte erteilt.

Der BBU unterstützt Naturschutzaktivitäten auch durch Veröffentlichungen im BBU-Newsletter. So wurde im BBU-Newsletter ein Hilfesuch der Bündnis Heideterrasse veröffentlicht. Das Bündnis benötigte Unterstützung bei der Renovierung des Infozentrum Wahner Heide.

Dass immer wieder die Interessen des Naturschutzes mit denen der Industrie zusammen prallen, wurde erneut bei einer Veranstaltung im September 2012 in Gronau deutlich, an der auch ein BBU-Vorstandsmitglied teilnehmen konnte. Die Veranstaltung mit dem Titel "Uran in der Natur" befasste sich mit den Auswirkungen der Uranindustrie auf Naturschutzgebiete. Dabei ging es um die Auswirkungen des Uranabbaus, aber auch um die

Urananreicherungsanlage Gronau, in deren Nahbereich sich mehrere Naturschutzgebiete befinden.

III.13 Massentierhaltung

Wiederholt hat sich der BBU auch mit der Massentierhaltung und Ihren ökologischen Folgen auseinandergesetzt:

- So hat der BBU 2010 eine Unterschriftensammlung gegen Hähnchengroßschlachtereien und gegen tierquälerische, umweltbelastende Massentierhaltungen unterstützt.
- Gegen einen Antrag zur wesentlichen Änderung einer Anlage zum Halten und zur Aufzucht von Sauen und Ferkeln mit den zugehörigen Nebeneinrichtungen hatte der BBU Einwendungen erhoben. Neben ethischen Bedenken wurden auch Luft- und Gewässerbelastungen sowie die Problematik der Gülleentsorgung vorgebracht. Der Erörterungstermin musste zweimal verschoben werden. Trotzdem wurde eine Genehmigung erteilt.
- Zudem hat der BBU dazu aufgerufen, im Rahmen des Genehmigungsverfahrens von zwei Massentierställen mit rund 40.000 Hühner und Hähnen in Groß Köhren, Samtgemeinde Harpstedt (Landkreis Oldenburg, Niedersachsen) Einwendungen zu erheben.

Der BBU fordert angesichts der ökologischen Probleme der Massentierhaltung einen Umstieg auf den ökologischen Landbau.

III.14 Friedensbewegung

Der BBU ist seit jeher Teil der internationalen Friedensbewegung und ist in diesem Sinne Mitglied der Kooperation für den Frieden. Kontakte bestehen zudem u. a. zum Netzwerk Friedenskooperative, zur DFG/VK, zu IPPNW und zur Redaktion der "Gaswurzelsrevolution", in der wiederholt Beiträge des BBU veröffentlicht wurden.

Für den BBU ist es immer wieder wichtig, über den Zusammenhang zwischen der sogenannten zivilen und der militärischen Atomenergienutzung zu informieren.

Eine besondere Anlage der Atomindustrie in der Bundesrepublik ist die Urananreicherungsanlage in Gronau, die nach technischen Umbauarbeiten zur Produktion von atomwaffentauglichem Uran genutzt werden könnte. Dieser Aspekt wurde auch im Zusammenhang mit dem Ostermarsch in Gronau betont, der 2011 vom BBU maßgeblich mitorganisiert wurde. In dem Aufruf zum Ostermarsch hieß es: "Gleichzeitig steht die Urananreicherung für die untrennbare Verknüpfung von angeblich friedlicher Atomenergie und Atomwaffen. Pakistans Atombombenprogramm wurde durch Urencos Zentrifugen-Anreicherungstechnologie ermöglicht. Bei der Anreicherung entstehendes abgereichertes Uran wird oftmals für panzerbrechende Munition verwendet. Die Zivilbevölkerung der Kriegsgebiete leidet großräumig noch Jahrzehnte an den Folgen der Radioaktivität und Giftigkeit des Urans (z.B. Balkan, Irak...)."

Im November 2011 solidarisierte sich der BBU in einer Pressemitteilung mit der kurdischen Friedensbewegung. In der Pressemitteilung hieß es: Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) unterstützt den Protest gegen das geplante Raketen- und Abwehrschildsystem in Kürecik (Türkei / Kurdistan) der europäischen Initiative "NEIN ZUM

RAKETENABWEHRSCILD IN KÜRECİK". Dabei solidarisiert sich der BBU auch mit einer Kundgebung, die am Mittwoch (16.11.) um 10.00 Uhr vor dem Landtag in Düsseldorf stattfindet. In dem Aufruf zur Kundgebung heißt es (Auszüge): "Das Raketenabwehrschild Projekt" ist ein Projekt der Vereinigten Staaten. Es ist ein Projekt der NATO, das von den USA und den westlichen Ländern geführt wird. Nach dem NATO-Gipfel und späteren Versammlungen wurde in Lissabon entschieden, dass das Raketen- und Abwehrschildsystem in der Türkei aufgebaut wird. Die Problematik darf nicht als vorübergehend betrachtet werden. Mit dem Bau des Abwehrsystems werden die Anwohner nicht nur unterdrückt und vertrieben, sondern mit dem Beginn des Baues werden auch die realen Gefahren und Schäden sichtbar. Es muss uns bewusst sein, dass wir am Anfang der Problematik stehen und daher unseren Kampf gegen das Waffen-System ununterbrochen führen müssen (...)."

2012 hat der BBU zur Teilnahme an dem landesweiten Ostermarsch der NRW-Anti-Atomkraft-Bewegung in Jülich mit aufgerufen. Für die Abschlusskundgebung konnte der BBU einen Redner stellen.

Wiederholt hat der BBU auch auf Gedenkveranstaltungen anlässlich der Hiroshima- und Nagasaki-Jahrestage hingewiesen und auf der Terminseite der BBU-Homepage ist ein Dauerlink zu Terminen der Friedensbewegung.

Im September 2012 fand in Dortmund die Landeskonferenz der DFG-VK NRW statt, zu der auch ein BBU-Vorstandsmitglied als Referent eingeladen war. Thematisch ging es um die militärischen Aspekte der Atomenergienutzung und um Möglichkeiten der engeren Zusammenarbeit zwischen der Friedens- und Anti-Atomkraft-Bewegung

III.15 Medizin- und Umweltethik

In Arbeitsgruppen des BBU und Gremien, in denen der BBU vertreten ist, spielt die Auseinandersetzung mit Ethik, vor allem Medizin- und Umweltethik eine wichtige Rolle.

Dabei geht es in der Umweltethik um Ressourcenverbrauch, Naturerhalt, Nachhaltigkeit und eine lebenswerte Umwelt, die die Natur als eigenständigen, nicht vom Menschen und seinen Bedürfnissen bestimmten Lebensraum und ethischen Wert anerkennt. Auch eine ethisch vertretbare Wirtschaft, die sich an gerechter Verteilung, gleichberechtigtem Zugang zu Wasser, Nahrung, Bildung, Wissen und Gesundheit orientiert, ist eine der Grundforderungen des BBU. Ebenso sollen die Nanotechnik und -medizin und ihre Risiken ethisch bewertet werden.

Diese ethischen Ansätze fließen in die politischen Auseinandersetzungen und Presseveröffentlichungen ein. Auch auf Workshops oder Tagungen versucht der BBU, diese Themen einzubringen. Seit einem Jahr unterstützt der BBU eine Ethikberatung, die sich vor allem mit Medizinethikberatung von Patienten und Betroffenenverbänden im Bereich Patientenwille, Autonomie, Ethikberatung bei Pränataldiagnostik und Präimplantationsdiagnostik und ethischen Aspekten von Barrierefreiheit beschäftigt. Hauptansatzpunkt ist es, den Patienten und Betroffenenverbänden einen gleichen Wissensstand zu vermitteln und damit die Entscheidungsfreiheit über Zustimmung oder Ablehnung weiterer medizinischer Behandlungsschritte zu erleichtern und durch einen kritischen Blickwinkel Risiken aufzuzeigen.

III.16 Ethikschutz

„Ethikschutz“ ist ein umfassender Themenbereich, der in die verschiedensten Arbeitsbereiche des BBU hineinspielt. Vorrangig und gezielt befasst sich die Ethikschutz-Initiative, die Mitglied im BBU ist, mit den vielfältigen Aspekten des Ethikschutzes

Dank der Arbeit der Ethikschutz-Initiative im BBU findet man in den Medien immer mehr Informationen über Whistleblower und ihre Situation. Mit einigen von ihnen pflegt der BBU über die Ethikschutz-Initiative bereits seit geraumer Zeit Kontakt. Zu den Aktivitäten gehört es insbesondere, Personen in der Arbeitswelt, die sozial- und umweltpolitische Missstände aufdecken, den Rücken zu stärken. Zivilcourage muss es auf allen Gebieten geben. Mit Tagungen und Preisverleihungen wurde der Mut zur Zivilcourage bisher gefördert bzw. geehrt.

IV. Gremienarbeit

Ein wesentliches Element der BBU-Arbeit stellt die Mitwirkung in Partizipationsgremien dar, um gesetzliche und untergesetzliche Rechtsnormen, private Normen sowie Erkenntnisquellen von Ausschüssen und Kommissionen (Leitfäden, Berichte etc.) relevant beeinflussen zu können.

IV.1 Kommission für Anlagensicherheit (KAS) sowie Committee of Competent Authorities (CCA)

Die ab dem 1.11.2005 tätige Kommission für Anlagensicherheit (KAS) berät die Bundesregierung und das Bundes-Umweltministerium in sicherheitstechnischen Fragestellungen bei industriellen Anlagen insbesondere im Bereich der Chemieindustrie. Die KAS behandelt Themen wie die Umsetzung und Novellierung der Seveso-II-Richtlinie sowie die Auswertung von Ereignissen in Chemiebetrieben und erstellt Sicherheitstechnische Regeln, Leitfäden, Berichte und Merkblätter. Zu den fast 30 Mitgliedern der KAS gehören neben Vertretern anderer Bänke (Industrie, Bundesbehörden Landesbehörden, Gewerkschaften etc.) drei UmweltverbandsvertreterInnen (1 BBU, 2 BUND), ein Vertreter des Öko-Instituts sowie ein Wissenschaftsvertreter, der innerhalb des Berichtszeitraums auch Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand des BBU war. Eine Berufungsperiode beträgt drei Jahre.

Mit dem Vorsitz von vier Untergremien in der Vergangenheit haben die Umweltverbandsvertreter im weitesten Sinne einen bedeutenden Teil der Arbeit geleistet. Sie sind in der Lage, die Ergebnisse der Kommission in wesentlichen Punkten mit zu prägen.

Die Vertretung des BBU erstreckte während der Wahlperiode des BBU-Vorstands auch auf die folgenden Untergremien der KAS:

- Ausschuss „Seveso-Richtlinie“
- Ausschuss „Ereignisauswertung“
- Ausschuss „Erfahrungsberichte“
- Arbeitskreis „Anwendungsbereich Probabilistik“
- Arbeitskreis „Umgebungsbedingte Gefahrenquellen“
- Arbeitskreis „Carbon Capture and Storage“
- Arbeitskreis „Einstufung von Abfällen gemäß Anhang I der Störfall-Verordnung“. Hier stellte der BBU den Vorsitz.
- Arbeitskreis „Sicherheitsmanagementsystem“
- Arbeitskreis „Globally Harmonized System“
- Arbeitsgruppe „Überarbeitung Leitfaden SFK/TAA-GS-1“ (Land-use-planning)
- Arbeitsgruppe „Biogas“
- Arbeitsgruppe Stoffe
- Arbeitsgruppe „Erarbeitung eines Vorschlags zur Berücksichtigung des Art. 12 Seveso II in Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG“ (AG-EuGH)
- Arbeitsgruppe „Abstände zwischen Betriebsbereichen und unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvollen oder empfindlichen Gebieten“ (AG-Nat). Hier hat der BBU den Vorsitz.

In dieser Zeit wurden unter Mitwirkung von BBU-Mitgliedern in der KAS insbesondere folgende Dokumente verabschiedet und veröffentlicht:

- **TRAS 310** - Vorkehrungen und Maßnahmen wegen der Gefahrenquellen Niederschläge und Hochwasser

- **KAS-19** - Leitfaden des Arbeitskreises „Überarbeitung und Zusammenführung der Leitfäden SFK-GS-23 und –24“ zum Konzept zur Verhinderung von Störfällen und zum Sicherheitsmanagementsystem

Verabschiedet wurde zudem der Leitfaden

- **KAS-25** - „Einstufung von Abfällen gemäß Anhang I der Störfall-Verordnung“

der im November 2012 veröffentlicht wurde.

Dieser Leitfaden beseitigt ein über zehn Jahre bestehendes Vollzugsdefizit. Gemäß der europäischen Seveso-II-Richtlinie und der deutschen Störfall-Verordnung sind nicht nur Stoffe und Zubereitungen chemikalienrechtlich einzustufen, um zu entscheiden, ob Anlagen, in denen diese Substanzen vorhanden sind oder vorhanden sein können, unter den Geltungsbereich der Störfall-Verordnung fallen. Vielmehr hat auch eine Einstufung der Abfälle zu erfolgen. Hierfür wurde unter Leitung eines BBU-Mitglieds als Leiter eines KAS-Arbeitskreises erstmals ein Leitfaden erstellt, der alle 405 Abfallschlüssel gefährlicher Abfälle einstuft und einen Umfang von über 200 Seiten besitzt. Der Leitfaden wird Bürgerinitiativen eine bedeutende Hilfe bei der Frage geben, ob eine Anlage, bei der Abfälle gelagert oder behandelt werden, unter die Störfall-Verordnung fällt.

Der Vertreter des BBU in der KAS vertritt zudem das Europäische Umweltbüro (EEB) seit mehreren Jahren auf den zweimal jährlich stattfindenden Sitzungen des Committee of Competent Authorities (CCA), dem europäischen Begleitgremium zur Umsetzung der Seveso-II-Richtlinie.

IV.2. TA-Luft-Ausschuss (TALA)

In der ersten Berufungsperioden (2009 – 2011) war der BBU mit einer Person im TALA vertreten. Er wurde für die zweite Sitzungsperiode (ab 2012) erneut in dieses Gremium berufen. Dieser vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eingerichtete beratende Ausschuss setzt sich aus 10 Vertretern der beteiligten Kreise der Umweltverbände, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Bundesländer zusammen. Er prüft, inwieweit sich aus BVT-Merkblättern weitergehende oder ergänzende emissionsbegrenzende Anforderungen ergeben, als sie die TA Luft enthält. Er ermittelt, inwieweit sich der Stand der Technik gegenüber den Festlegungen der TA Luft fortentwickelt hat oder die Festlegungen der TA Luft ergänzungsbedürftig sind.

Durch die Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie (IED, Richtlinie 2010/75/EU) haben die BVT-Merkblätter und die daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen eine größere Verbindlichkeit erhalten, so dass die Arbeit des TALA insbesondere der Umsetzung des europäischen Immissionsschutzrechts dient.

Kritisch ist zu sehen, dass die Aufhebung der Bindungswirkung der TA Luft in Bezug auf den Stand der Technik lediglich hinsichtlich der Emissionsgrenzwerte erfolgt, nicht jedoch bezüglich anlagentechnischer oder organisatorischer Anforderungen. Zudem ist die Festlegung neuer Emissionsgrenzwerte wenig ambitioniert und verletzt nach Auffassung der Umweltverbandsvertreter in diesem Gremium bisweilen sogar die sich aus den BVT-Merkblättern ergebenden mindestens einzuhalten Emissionswerte.

Seit März 2011 wurden BVT-Merkblätter für folgende Industriebranchen und übergreifende Bereiche behandelt:

- Abfallbehandlungsanlagen
- Eisen- und Stahlerzeugung
- Gießereien
- Glasherstellung
- Herstellung anorganischer Grundchemikalien – Feststoffe und andere
- Herstellung organischer Grundchemikalien
- Nahrungsmittelindustrie
- Textilindustrie
- Tierschlachthanlagen und Anlagen zur Verarbeitung tierischer Nebenprodukte
- Allgemeine Überwachungsgrundsätze (Monitoring)
- Energieeffizienz
- Lagerung gefährlicher Substanzen und staubender Güter

IV.3 Normungsgremien (DIN, DKE, KRdL, CEN, ISO)

Normen privater Normungsinstitute kommt eine erhebliche Bedeutung zu. So wird im Rahmen des technischen Umweltschutzes häufig in Verordnungen oder Verwaltungsvorschriften auf sie verwiesen. Damit erhalten sie faktisch den Charakter von rechtlich verbindlichen Vorschriften. Auch wenn ein solcher Verweis nicht erfolgt, haben private Normen häufig einen indiziellen Charakter, z.B. in Gerichtsprozessen.

Derzeit existieren im Bereich der deutschen Umweltorganisationen zwei Strukturen, die sich mit dem Thema Normung auseinandersetzen: Der BBU und das KNU des BUND. Eine über zehn Jahre andauernde erfolgreiche Kooperation und ein gemeinsames Auftreten der Umweltverbände wurde durch eine Anfang 2012 von der BUND-Bundesgeschäftsstelle initiierte Strukturreform zu Lasten des BBU beendet. Damit wurde die Arbeit der Umweltbewegung in der Normung entscheidend geschwächt. Dies zeigte sich beispielsweise bei der letzten Sitzung des ISO/TC 207, an der eine langjährig tätige, international erfahrene BBU-Expertin aufgrund dieser veränderten Rahmenbedingungen nicht mehr teilnehmen konnte. Hier gelang es der Industrie im Gegensatz zu vorangegangenen Sitzungen, ihre Interessen in zentralen Punkten durchzusetzen.

Expertinnen und Experten des BBU arbeiteten im Zeitraum 2010 – 2012 in den folgenden Normungsgremien des DIN e.V., des VDI und des DKE mit:

Normenausschuss Grundlagen des Umweltausschusses (NAGUS):

- NA 172-00-02 AA Umweltmanagement/Umweltaudit
- NA 172-00-03 AA Ökobilanzen
- NA 172-00-03-01 AK Treibhausgasbeitrag von Produkten (Carbon Footprint)
- NA 172-00-03-02 AK Umweltbezogene Kennzeichnung
- NA 172-00-03-08 AA Management von Treibhausgasemissionen)
- NA 172-00-09 AA Energieeffizienz und Energiemanagement
- NA 172-00-10 AA Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse
- NA 172-00-11 AA Biobasierte Produkte
- NAGUS-Beirat

Normenausschuss Sicherheitstechnische Grundsätze (NASG):

- NA 095-04 02 AA Grundlagen des Risikomanagements

Koordinierungsstelle Umweltschutz (KU):

- KU-AK 3 Einbeziehung von Nachhaltigkeitsgesichtspunkten in Normen
- KU-TS 2: Anpassung an den Klimawandel
- KU-Fachbeirat

DKE K 191 – Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Normenausschuss Materialprüfung (NMP)

- NA 062-08-17 AA Nanotechnologien
- NA 062-08-17-03 UA Gesundheits- und Umweltaspekte

DKE K 141 - Nanotechnologie

NA 031-05 FBR - Fachbereichsausschuss Sicherheit und Schutz des Gemeinwesens – Spiegelgelausschuss zu ISO/TC 223 Societal security

Kommission Reinhaltung der Luft (KRdL) – Fachbereich Umweltschutztechnik

- NA 134-01-22 AA Emissionsminderung - Thermische Abfallbehandlung

Kommission Reinhaltung der Luft (KRdL) – Fachbereich Umweltmeteorologie - Luftqualität

- NA 134-02-01-09 UA "Ausbreitung von störfallbedingten Freisetzungen - Sicherheitsanalyse"

Normenausschuss Wasserwesen (NAW) - Umwelt

- NA 119-01-04 AA CO₂-Abscheidung, -Transport und –Speicherung

Normenausschuss Wasserwesen (NAW) - Allgemeine Grundlagen und Dienstleistungen

- NA 119-06-04 AA - Dienstleistungen im Bereich Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung

Normenausschuss Bauwesen (NABau) – Hygiene, Gesundheit und Umweltschutz

- NA 005-53-01 GA - Boden und Grundwasser

Normenausschuss Bauwesen (NABau) - Grund- und Planungsnormen

- NABau NA 005-01-31 AA - Nachhaltiges Bauen

Normenausschuss Holzwirtschaft und Möbel (NHM) - Holzschutz

- NA 042-03-01 AA Holzschutz – Grundlagen
- NA 042-03-03 AA Holzschutz - Vorbeugender chemischer Holzschutz

Normenausschuss Qualitätsmanagement, Statistik und Zertifizierungsgrundlagen

- NA 147-00-07 GA Audits

In den Ende 2012 besetzten Normungsgremien werden mit den Aspekten Energiepolitik, Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, CCS, Immissionsschutz und Anlagensicherheit, technische und stoffliche Risiken sowie Nachhaltigkeit bei der Produktnormung Themen behandelt, die auch zentrale Bereiche der kontinuierlichen BBU-Arbeit sind.

Beim Normungsgremium CEN/TC 343 – Solid Recovered Fuels - des Europäischen Normungsinstituts CEN hat ein BBU-Vertreter zudem ECOS (European Environmental Citizens Organisation for Standardisation), die Vereinigung der in Europa tätigen Umweltverbände im Rahmen der Einspruchsberatung über eine Norm zu Ersatzbrennstoffen (EN 15359 ‘Solid recovered fuels — Specifications and classes’) vertreten.

Auf der ISO-Ebene war der BBU durch eine deutsche Delegierte bei den Sitzungen des ISO/TC 207 „Environmental Management“ einschließlich mehrerer Untergremien vertreten. Die Arbeiten von ISO/TC 207 werden in Deutschland vom DIN NAGUS gespiegelt.

IV.4 Umweltgutachterausschuss (UGA)

Der Umweltgutachterausschuss (UGA) beim BMU ist das zentrale Gremium für Öko-Audit (EMAS nach der EG-Ökoaudit-Verordnung) in Deutschland, das als Teilkörperschaft des öffentlichen Rechts auf gesetzlicher Grundlage (nach Umweltaudit-Gesetz UAG) wirkt. In dem 1995 eingerichteten Ausschuss mit 25 ehrenamtlich tätigen Mitgliedern und 25 Stellvertretern sind die für das Öko-Audit gesellschaftlich relevanten Gruppen Wirtschaft, Verwaltung, Umweltverbände, Gewerkschaften und Umweltgutachter vertreten. Sie entwickeln gemeinsam Richtlinien für die Zulassung und Beaufsichtigung von Umweltgutachtern und beraten das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) in allen Fragen zum Öko-Audit. Seit der Novellierung des Umweltauditgesetzes ist der UGA auch zuständig für Entwicklung und Förderung von EMAS. Der BBU stellte in einem Teil des Berichtszeitraums einen der 3 Vollmitglieder der Umweltbank und einen der Stellvertretenden Vorsitzenden des UGA. Der BBU-Vertreter hatte damit gleichzeitig den Vorsitz über eine der Arbeitsgruppen des UGA inne. Er war Vorsitzender der UGA-AG „Marketing, Kommunikation und Förderung von EMAS.“

IV.5. Nano-Kommission

In den Jahren 2009 - 2011 war der BBU in der vierten Themengruppe der zweiten Beratungsphase der Nano-Kommission der deutschen Bundesregierung vertreten. Diese Themengruppe überarbeitete die Besorgnis- und Entlastungskriterien für eine Beurteilung von Nanomaterialien, die in der ersten Beratungsphase der Nano-Kommission erstellt wurden. Die Nano-Kommission war als Stakeholder-Dialog konzipiert.

IV.6 Begleitender NRW-Arbeitskreis zur Erstellung des Fracking-Gutachtens

Vor dem Hintergrund der zunehmenden gesellschaftlichen Kontroversen zur Förderung von Erdgas mittels Hydraulic Fracturing (Fracking) und dem Widerstand gegen das Gasbohren gerade in NRW hat sich die nordrhein-westfälische Landesregierung 2011 entschlossen, ein Gutachten zum Thema „Fracking in unkonventionellen Erdgas-Lagerstätten in NRW in Auftrag zu geben. Dieses Gutachten sollte zudem eine „Risikostudie zur Exploration und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten in Nordrhein-Westfalen (NRW) und deren Auswirkungen auf den Naturhaushalt insbesondere die öffentliche Trinkwasserversorgung“ enthalten.

Begleitet werden sollte die Erstellung des Gutachtens von einem Arbeitskreis, der mit verschiedenen Stakeholdern wie Behörden, Vertretern von Kommunen, Umweltverbänden und Vertretern von Bürgerinitiativen besetzt war. Der BBU stellte ein Mitglied in diesem Arbeitskreis, der viermal tagte. Damit die Teilnehmenden qualifizierte Anregungen und Bedenken äußern können, wurde ein Zeitplan vereinbart, der auch die Vorlage schriftlicher Teilergebnisse beinhaltete. Durch ihre Diskussion im Arbeitskreis sollte die Transparenz des Prozesses und die Partizipation der Betroffenen sichergestellt werden. Diese Abmachung wurde von der Landesregierung nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen aufgekündigt. Das gesamte Gutachten wurde Anfang September 2012 den Medien und der Öffentlichkeit vorgestellt, ohne dass eine vorherige Diskussion im Arbeitskreis auf der Grundlage schriftlich vorliegender Teile des Gutachtens erfolgte. Der Vertreter des BBU war darauf angewiesen, problematische Punkte lediglich anhand von Power-Point-Folien, die erst auf der Sitzung präsentiert wurden, zu erörtern.

Diese Vorgehensweise, die vom BBU und der Wittener Bürgerinitiative „STOP FRACKING! – Bürgerinitiative Witten für sauberes Wasser“ scharf kritisiert wurde, stellt ein Musterbeispiel für einen gescheiterten Dialogprozess dar. Im Gutachten selbst wurde relevante Aspekte nicht oder nur unzureichend betrachtet.

V. Internationale Aktivitäten

V.1 European Environmental Bureau (EEB)

Das European Environmental Bureau (EEB) ist der wichtigste Zusammenschluss europäischer Umweltverbände. Das EEB nimmt insbesondere durch Recherchen, Stellungnahmen, Vorschläge für Änderungen von EU-Richtlinien und EU-Verordnungen sowie durch die Mitarbeit in Arbeitsgruppen und Ausschüssen der Europäischen Kommission Einfluss auf die europäische Umweltpolitik.

Der BBU ist seit mehreren Jahren Mitglied im EEB und nimmt aktiv an seinen Jahreshauptversammlungen teil. Er ist in der Arbeitsgruppe „Industry“ des EEB vertreten, in der die Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie, die Erstellung von BREFS sowie die Novellierung und Umsetzung der Seveso-Richtlinie besprochen werden. Ein Vorstandsmitglied des BBU vertritt das EEB seit mehreren Jahren auf den zweimal jährlich stattfindenden Sitzungen des Committee of Competent Authorities (CCA), dem europäischen Begleitgremium zur Umsetzung der Seveso-II-Richtlinie.

Der BBU war in 2010 – 2012 wesentlich an der Arbeit des EEB zur Novellierung der Seveso-II-Richtlinie, deren nationale Umsetzung die Störfall-Verordnung ist, beteiligt. Die Seveso-III-Richtlinie wurde Mitte 2012 veröffentlicht. Es bleibt festzustellen, dass die fortschrittlichen Ansätze der Europäischen Kommission vom Umweltausschuss des Europäischen Parlaments verwässert und von der Ratsarbeitsgruppe, die sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzte, zum Teil ausgehebelt wurden. Obwohl das Ziel, das Schutzniveau für die Bevölkerung anzuheben, nicht erreicht werden konnte, weist die Richtlinie Verbesserungen bei der Beteiligung und Information der Öffentlichkeit sowie beim Zugang zu Gerichten auf. Es wird nun entscheidend darauf ankommen, wie die Mitgliedstaaten die Seveso-III-Richtlinie umsetzen und welche Erfolge die Umweltverbände hierbei erzielen können.

V.2 European Environmental Citizens Organisation for Standardisation (ECOS)

Seit etwa zehn Jahren ist der BBU Mitglied bei ECOS (European Environmental Citizens Organisation for Standardisation), der Vereinigung der in Europa tätigen Umweltverbände. ECOS stellt eine professionelle Vertretung der Normungsinteressen der Umweltverbände in Gremien der europäischen Normungsinstitute CEN und CENELEC sowie in Gremien des weltweit organisierten Normungsinstituts ISO dar. Zwischen dem BBU und ECOS besteht eine langjährige intensive und konstruktive Zusammenarbeit. In der Vergangenheit wurde auch eine BBU-Expertin mehrmals zu Sitzungen des ISO/TC 207 entsandt oder hat mit ECOS kooperiert, wenn sie als nationale Normungsexpertin entsandt wurde.

Ende 2011 wurde ein BBU-Vorstandsmitglied in den Vorstand von ECOS gewählt. Ziel des BBU ist die Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit in der nationalen Normung auch auf europäischer Ebene. Die stärkere Berücksichtigung der Umweltaspekte in den europäischen Normen ist dabei das zentrale Anliegen. Zusammen mit den VorstandskollegInnen aus Belgien, Zypern, Deutschland und Großbritannien soll der Einfluss der Umweltverbände auf die Normung gestärkt und ausgebaut werden.

VI. Anhörungen, Stellungnahmen, Gespräche

Im August 2010 hat der BBU seine Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid (Carbon Capture and Storage, CCS) vorgelegt und auf der Verbändeanhörung in Berlin vorgetragen. Die Stellungnahme wurde mit mehreren Bürgerinitiativen erstellt, die auch als BBU-Mitglieder auf der Verbändeanhörung vertreten waren.

Dabei kam der BBU zu folgender grundsätzlicher Einschätzung: *“Die geplante Einführung der CCS-Technologie ist energiepolitisch und klimapolitisch verfehlt und führt zu einer nicht zu verantwortenden Gefährdung der Bevölkerung sowie der Umwelt. Der Entwurf des CCS-Gesetzes macht zudem deutlich, dass weder hohe Umwelt- und Sicherheitsstandards festgelegt werden sollen noch hohe Standards der Information und Partizipation der Bevölkerung Anwendung finden sollen. Die derzeit stattfindende kritische gesellschaftliche Diskussion hat in ihm keinen Niederschlag gefunden. Vielmehr soll die CCS-Technologie gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden. Profitieren werden vom CCS-Gesetz lediglich die großen Energiekonzerne. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) lehnt den Gesetzentwurf daher ab und fordert die Bundesregierung auf, diesen zurückzuziehen. Stattdessen ist ein Gesetzentwurf vorzulegen, der festlegt, dass keine Speicherung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschlands zugelassen wird.“*

Wesentliche Kritikpunkte der Stellungnahme zum CCS-Gesetz waren:

- CCS hat die Funktion eines Alibis für den Weiterbetrieb und die Neuerrichtung von Kohlekraftwerken. Die Einführung der CCS-Technologie hätte zur Folge, dass an die Stelle der sicheren Vermeidung einer CO₂-Entstehung durch einen konsequenten Umstieg auf regenerative Energien lediglich die vage Hoffnung treten würde, dass das Entweichen von entstandenem CO₂ aus Speicherstätten dauerhaft verhindert werden kann. Einer Energiewende und einem wirksamen und nachhaltigem Klimaschutz steht CCS damit diametral entgegen.
- Die CCS-Technologie führt zu nicht zu verantwortenden Gefahren für die Bevölkerung. Kohlendioxid wirkt erstickend, ist ein Atemgift, hat eine größere Dichte als Luft und ist farb- und geruchslos. Beim Austritt von CO₂ aus Speicherstätten kann zu Großschadensereignissen mit einer großen Anzahl von Toten kommen.
- Die CCS-Technologie wird zudem zu Gefahren für das Grundwasser sowie für Bäche und Flüsse führen. So kann es zu einer Versalzung und Versauerung des Grundwassers sowie von Bächen und Flüssen kommen. Hinzu kommen Gefährdungen durch Quecksilberbelastungen des zu speichernden Gases, einer möglichen Auflösung der für die Einleitung in den Untergrund verwendeten Rohre sowie einer möglichen Gesteinsauflösung und einer resultierenden Rissbildung.
- Für Abscheideanlagen und Kohlendioxidleitungen stellt das CCS-Gesetz keine zusätzlichen Sicherheitsanforderungen auf und sieht diese auch nicht für die Zukunft vor. Bei Kohlendioxidspeichern werden keine konkreten Anforderungen an die Sicherheitstechnik gestellt; das CCS-Gesetz sieht hierzu lediglich Verordnungsermächtigungen vor. Dass der Sicherheitsaspekt vernachlässigt wird, zeigt sich insbesondere daran, dass die Anlagen zur Abscheidung, zum Transport und zur Speicherung von Kohlendioxid nicht unter den Geltungsbereich der Störfall-Verordnung fallen sollen, die explizite Anforderungen zur Vermeidung von Störfällen und zur Begrenzung ihrer Auswirkungen enthält.

- Konkrete und anspruchsvolle Bestimmungen für Abscheideanlagen und Kohlendioxideinleitungen sieht das Gesetz nicht vor. Durch zahlreiche Defizite ist zudem kein Ausschluss von Gefahren durch die Kohlendioxidspeicherung gegeben. Der Begriff der Langzeitsicherheit i.S.d. des KSpG und das darauf fußende Konzept bieten keine Sicherheit vor Leckagen und Großschadensereignissen. Welche Maßnahmen bei Leckagen oder erheblichen Unregelmäßigkeiten in Betracht kommen, ließ der Gesetzentwurf offen. Besonders problematisch ist, dass keine Vorschriften existieren, die Maßnahmen festlegen, die zu ergreifen sind, wenn sich herausstellt, dass Leckagen wider Erwarten nicht zu beseitigen sind.
- CCS ist eine Technologie, die gegen den Willen der Bevölkerung eingeführt werden soll. Aus Sicht der Bevölkerung war der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf in keiner Weise akzeptabel.

Anfang des Jahres 2012 hat der BBU seine Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes und der 1. Verordnung der Bundesregierung zur Umsetzung der europäischen Richtlinie über Industrieemissionen vorgelegt und auf einer Verbändeanhörung des Bundes-Umweltministeriums in Bonn vorgetragen. Wesentliche Kritikpunkte waren:

- Das der Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetz zugrunde liegende Konzept garantiert kein hohes Niveau der Begrenzung von Emissionen. So sollen zukünftig nicht die europaweit besten Anlagen als Referenzanlagen herangezogen werden, um Emissionsgrenzwerte festzulegen. Es wird sich vielmehr an wesentlich schlechteren Anlagen orientiert. Damit wird faktisch der Anspruch aufgegeben, dass Anlagen nach dem Stand der Technik errichtet werden müssen.
- Auch hinsichtlich der Öffentlichkeitsbeteiligung blieben die Entwürfe defizitär. Der BBU verlangt, dass in jedem immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren alle Antragsunterlagen ins Internet gestellt werden. Anträge, Genehmigungsbescheide und sonstige relevante Unterlagen müssen für die Bevölkerung ständig über das Internet verfügbar sein.
- Die vorgelegten Entwürfe zur Berücksichtigung von Betrieben, die der Störfall-Verordnung unterliegen, hält der BBU für dringend überarbeitungsbedürftig. Der BBU fordert, dass alle relevanten Anlagen eines Betriebsbereichs der Genehmigungspflicht nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz unterliegen. Solche Genehmigungen müssen ausnahmslos in Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung erteilt werden.

Die Änderungen im gesetzlichen Regelwerk zur Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie werden voraussichtlich Anfang 2013 erfolgen.

Zudem hat der BBU zum Netzentwicklungsplan 2012 (Strom) eine Stellungnahme abgegeben. Der BBU lehnt den Plan, der die Errichtung von 3.800 km Höchstspannungstrassen von Nord- nach Süddeutschland vorsieht, insbesondere aus folgenden Gründen ab:

- Der Plan ignoriert das enorme Ausbaupotenzial der Erneuerbaren Energien in Süddeutschland.
- Möglichkeiten zur Reduzierung des Leitungsbedarfs werden im Netzentwicklungsplan nicht beachtet. Zum Ausgleich der schwankenden Angebote bei Wind- und Sonnenstrom stehen zahlreiche Möglichkeiten bereit: Anpassung des Verbrauchs an das wechselnde Angebot durch Lastverschiebung, Kombination von Sonnen- und Windenergie mit Biogasanlagen und Blockheizkraftwerken, Speicherung von

Stromüberschuss durch Batterien, Elektrolyse von Wasser zu Wasserstoff oder in Speicherseen sowie grundsätzlich die Ausschöpfung der Energieeffizienzpotenziale.

- Insgesamt ist es für den BBU mehr als fragwürdig, die Netzausbauplanung den Netzbetreibern zu überlassen, die an Bau und Betrieb von Leitungen verdienen, eng mit den 4 Energiekonzernen verbunden sind und ein Interesse an der Festigung des derzeitigen zentralistischen Systems der Energieerzeugung und -verteilung haben.

Das Thema Energiepolitik ist zudem ständiger Gegenstand der Treffen zwischen den Umweltverbänden und Bundes-Umweltminister Altmaier, zu denen dieser regelmäßig einlädt. Hier vertritt der BBU engagiert seine energiepolitischen Positionen, beispielsweise in Bezug auf eine stärkere Entwicklung von „Power to Gas“.

VII. Liste der Pressemitteilungen

- [06.01.10](#) Nach dem schweren Güterzugunfall bei Neubekum: Umweltschützer fordern das Verbot aller Atomtransporte! Protestaktionen am 23. Januar in Duisburg und Jülich
- [07.01.10](#) Kurzbilanz 2009 und Jahresvorschau 2010 des BBU - Der BBU ruft zur Gründung neuer Umweltschutz-Bürgerinitiativen auf
- [15.01.10](#) Montag: Kletter-Protest gegen Urantransport vor Gericht - BBU: Angeklagte gehört nicht vor Gericht
- [20.01.10](#) 23. Januar: Autobahn-Aktionstag Ahaus–Duisburg–Jülich - Atomkraftgegner protestieren gegen Atommüll nach Ahaus – Kundgebungen in Duisburg und Jülich
- [20.01.10](#) BBU warnt im Vorfeld vor dem Gipfel der Atommüllproduktion
- [21.01.10](#) BBU warnt vor AKW-Laufzeitverlängerungen und fordert den Sofortausstieg!
- [22.01.10](#) Störfall in Gronauer Uranfabrik erinnert an Hanau - BBU: UAA Gronau sofort stilllegen!
- [23.01.10](#) BBU ist über den Schmusekurs der Bundesregierung mit der Atomindustrie empört / Verstrahlter Atomarbeiter hat Uran im Urin
- [26.01.10](#) 2. CCS-Kongress in Berlin: BBU fordert den Widerstand gegen die CO2-Endlagerung endlich zu akzeptieren
- [27.01.10](#) Nach dem Uranstörfall: BBU erstattet Strafanzeige
- [29.01.10](#) In der Bundesrepublik gibt es zwei Uranfabriken, nicht nur eine! BBU für sofortige Stilllegung der Anlagen in Gronau und Lingen
- [30.01.10](#) Heute Demonstration „Für ein Leben ohne Urananreicherung“ in Gronau ab 12.00 Uhr
- [31.01.10](#) Trotz Frost und Glätte: 200 fordern sofortige Stilllegung der Gronauer Uranfabrik
- [04.02.10](#) Bürgerinitiativen sehen beim NRW-Wirtschaftsministerium die Verpflichtung zur Aufhebung der UAA-Betriebsgenehmigung
- [04.02.10](#) Kein Plutoniumtransport nach Grohnde - BBU unterstützt Aufruf zur Demonstration am Samstag in Hameln
- [10.02.10](#) Bei Schnee und Eis: Uran-LKW erreichen die Gronauer Urananreicherungsanlage Bürgerinitiativen fordern Transportverbot für alle Atomtransporte
- [12.02.10](#) Unionspolitiker haben sich „an der Atomenergie festgebissen“ - BBU: Die Anti-Atomkraft-Bewegung ruft zu breiten Protesten auf
- [19.02.10](#) Demonstration am 20. Februar gegen Endlagerpläne in Annen / NL
BBU erklärt sich solidarisch
- [03.03.10](#) BBU begrüßt landwirtschaftlichen Protest gegen Atommüll-Zwischenlager
- [05.03.10](#) BBU hinterfragt Baumfällungen in Geislingen
- [13.03.10](#) Polizei stoppt einen Urantransport - BBU fordert das Verbot aller Urantransporte
- [18.03.10](#) 19.–21. März: Anti-Atom-Frühjahrskonferenz in Ahaus /Pressekonferenz: 21. März, 13 Uhr, Foyer Stadthalle Ahaus / 24. April: 120 Initiativen/Verbände rufen zu Großdemo in Ahaus auf
- [19.03.10](#) Zum Weltwassertag 2010 rufen BBU und VSR-Gewässerschutz e.V. auf, weltweit Initiativen im Gewässerschutz noch stärker zu unterstützen
- [19.03.10](#) Atomkraftgegner: Keine deutsch-russische Atomkooperation – Keine AKW in Kaliningrad sowie Hermes-Bürgschaften für russische AKW – Deutsche Atomwirtschaft will Brennelementzwischenlager in Russland bauen

[22.03.10](#) Urananreicherungsanlage Gronau: Der BBU kritisiert die NRW-Atomaufsicht und bezeichnet die „Konsequenzen“ als „ablenkende Augenwischerei“ - Hat die Atomaufsicht ihre Aufsichtspflicht immer korrekt wahrgenommen?

[23.03.10](#) Urananreicherungsanlage Gronau: Staatsanwaltschaft Münster soll eigene Ermittlungen fortsetzen

[24.03.10](#) Laufzeitverlängerungen verhöhnern das Sicherheitsinteresse der Bevölkerung / Gronauer Uranfabrik nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert

[29.03.10](#) Falsche Kriminalitätsstatistik: Spaziergänge an Gronaus Uranfabrik sind keine politisch motivierten Straftaten!

[29.03.10](#) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und Umweltschutz-Bürgerinitiativen trauern um Ingo Gödeke

[03.04.10](#) Ostersonntag im westfälischen Gronau: Ostermarsch gegen die zivile und militärische Uran-Nutzung

[08.04.10](#) BBU kündigt scharfen Protest gegen Almelo-Ausbau an
NRW-Parteien sollen sich zur niederländischen Uranfabrik positionieren

[12.04.10](#) BBU beteiligt sich an der bundesweiten Stromwechsel-Aktionswoche - Ökostrom hinterlässt keine Atommüllberge

[13.04.10](#) BBU gegen Atomwaffen und für sofortigen Atomausstieg - Aufruf zu Demonstrationen anlässlich des Tschernobyl-Jahrestages

[15.04.10](#) Umweltverbände fordert von Aigner die Umsetzung der vom Bundesrat beschlossenen Verordnung zur Kontrolle von Gülle

[16.04.10](#) Gorleben-Enthüllungen haben Konsequenzen für Zwischenlagerung: Atomkraftgegner fordern Einlagerungsstopp für Ahaus

[21.04.10](#) Atomkraftgegner empört über Thoben-Stellungnahme: „Landesregierung verweigert Verantwortung für Atompolitik“

[22.04.10](#) Der BBU hat turnusgemäß einen neuen Vorstand gewählt / Engagement gegen Atomkraft, Klimawandel und CO2-Endlager

[22.04.10](#) Ökostrom hinterlässt keine Atommüllberge - BBU: Samstag für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen auf die Straße gehen!

[23.04.10](#) Atomkraft ist eine dreckige Sache! Die Opfer von Tschernobyl dürfen nicht vergessen werden! Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!

[25.04.10](#) BBU ist beeindruckt von den großartigen Anti-Atomkraft-Aktionen

[26.04.10](#) Tschernobyl: Eine derartige Katastrophe darf sich nie wieder ereignen

[28.04.10](#) Nanotubes: Kritik in BAYER-Hauptversammlung

[03.05.10](#) Umweltschützer für ein Gesetz gegen CO2-Endlagerung

[06.05.10](#) 5 Jahre Schwarz-Gelb: Bilanz der Atomkraftgegner / – NRW versinkt im Atommüll / – Landesregierung vertritt nur Interessen von EON und RWE

[07.05.10](#) Bürgerinitiativen sammeln Einsprüche gegen den Ausbau der grenznahen Uranfabrik im niederländischen Almelo

[10.05.10](#) Erste Stellungnahme des BBU zum Ausgang der Landtagswahl in NRW

[18.05.10](#) BBU warnt vor internationaler Uranschieberei

[21.05.10](#) BBU: Koalitionsvertrag muss Stilllegung der nuklearen Schlüsselanlagen in NRW regeln

[25.05.10](#) Über 400 Einsprüche aus dem Bundesgebiet gegen den Ausbau der Uranfabrik in Almelo / NL - Einsprüche auch von Umweltverbänden und von der Stadt Gronau

[28.05.10](#) BBU: Scharfer Protest gegen drohende Atommülltransporte nach Ahaus - Sonntag Demonstration vor dem Ahauser Atommüll-Lager

[04.06.10](#) Welt-Umwelttag: BBU gegen Massentierhaltungsbetriebe / Aufruf zur Unterschriftenaktion

[04.06.10](#) BBU erinnert an die Räumung der Republik Freies Wendland heute vor genau 30 Jahren / Samstag (5. Juni) Umzingelung des Endlager-Erkundungsbergwerkes in Gorleben

[09.06.10](#) Bürgerinitiative startet „Anti-Betriebsgeheimnis Kampagne“

[09.06.10](#) Urantransport am Fronleichnamstag?

[21.06.10](#) Atomkraftgegner zu Regierungsbildung in NRW: Atomanlagen zwischen Rhein und Weser stilllegen – sofort!

[24.06.10](#) Koalitionsvertrag NRW: BBU fordert Ausstiegsfahrplan für jede Atomanlage in NRW

[28.06.10](#) Atomausstieg in NRW: Landtagsparteien und Frau Kraft sollen mehr Engagement zeigen, auch gegen das niederländische Atomprogramm

[05.07.10](#) Beim Gießen und Plantschen sparen

[05.07.10](#) Landeskonzferenz der nordrhein-westfälischen Anti-Atomkraft-Initiativen fordert auch für die NRW-Atomanlagen das sofortige Aus

[07.07.10](#) Erste Stellungnahme des BBU zum rot-grünen Koalitionsvertrag in NRW

[08.07.10](#) BBU erhebt Einspruch gegen geplantes AKW in der Schweiz

[09.07.10](#) Verursachen Gasspeicher Bodenabsenkungen in Gronau – Epe? - Dienstag Erörterungstermin zur E.ON-Gasverdichterstation

[15.07.10](#) Kritik am Genehmigungsverfahren zur E.ON-Gasverdichterstation

[16.07.10](#) BBU: Weiterhin aktiv bleiben gegen Nordhorn-Range!

[19.07.10](#) Atomausstieg in NRW! Die neuen Chancen nutzen. Rot-Grün muss jetzt Handeln! Anti-Atomproteste werden fortgesetzt!

[21.07.10](#) Bürgerinitiative beobachtet Atommüllankunft in Ahaus Die neue Landesregierung in NRW muss endlich den Dornröschenschlaf beenden!

[22.07.10](#) Ausstieg Jetzt! Auch der BBU ruft für Samstag zur Teilnahme an der Stuttgarter Anti-Atomkraft-Demonstration auf: Es darf kein weiterer Atommüll produziert werden!

[22.07.10](#) BBU lehnt Gebührenforderung für Detailinfos über Atomtransporte ab! - Ist Plutonium in den Atommüllcontainern aus Jülich? - Sonntag Mahnwache in Ahaus vor der Atommüll-Deponie

[24.07.10](#) In allen Himmelsrichtungen: Proteste gegen Atomanlagen und Atomtransporte, für den Sofortausstieg

[26.07.10](#) CCS-Gesetz vorgestellt: Bundesregierung unterliegt einer großen Illusion – Scharfe Kritik von Experten

[03.08.10](#) Protest: Unterschriftensammlung gegen Hähnchengroßschlachtereien und gegen tierquälerische, umweltbelastende Massentierhaltungen

[03.08.10](#) BBU protestiert gegen neu geplante Reaktoren beim AKW Temelin in Tschechien / Sammeleinspruch in Vorbereitung

[05.08.10](#) BBU kritisiert Brandenburgs Wirtschaftsminister! Umweltverband hält dreistufiges Klageverfahren für erforderlich und lehnt CO2-Speicherung ab

[06.08.10](#) 65. Jahrestage: Hiroshima und Nagasaki mahnen / BBU gegen Atomwaffen und für sofortigen Atomausstieg

[12.08.10](#) Deutsches Uran in russischen Waldbrandregionen? - Atomkraft-Befürworter sollen bei Löscharbeiten helfen

[13.08.10](#) 25 Jahre Uranmonster in Gronau / Landesregierung soll die Uranfabrik sofort stilllegen

[14.08.10](#) Scharfer Protest gegen sächsisch-russischen Atommüllvertrag

[17.08.10](#) Die Atomkonzerne sollen keine halben Sachen machen / Aus Protest gegen die Brennelementsteuer auch die Brennelementefabrik in Lingen und die Urananreicherung in Gronau stilllegen

[20.08.10](#) Keine neuen Atomkraftwerke! Temelin 3 und 4 verhindern! - BBU veröffentlicht Sammeleinspruch gegen neue AKW in Tschechien

[22.08.10](#) Atomindustrie muss zugegeben, dass Asse und Gorleben gescheitert sind / Internationale Atomenergie-Behörde soll iranischen Atomreaktor stoppen

[24.08.10](#) Kanzlerin Merkel besichtigt Donnerstag (26. August) das AKW Lingen 2 - Bürgerinitiativen rufen zum Protest gegen die Gefahren der Atomenergie auf

[26.08.10](#) 300 DemonstrantInnen und 40 Trecker bei Demonstration vor dem Atomkraftwerk Lingen 2

[26.08.10](#) CCS-Anhörung: BBU fordert gesetzliches Verbot der Kohlendioxid-Endlagerung – Gefährdung der Bevölkerung und der Umwelt durch Carbon Capture and Storage nicht zu verantworten

[27.10.10](#) CCS-Anhörung in Berlin: Bürgerinitiativen demonstrieren gegen drohende CO2-Endlagerung / BBU kritisiert knappe Redezeit bei der Anhörung

[30.08.10](#) Fristverlängerung: Einsprüche gegen neue Atomkraftwerke in Temelin bis Ende September möglich

[31.08.10](#) Jetzt den NRW-Koalitionsvertrag umsetzen: Atomkraftgegner/innen fordern sofortiges Moratorium für alle Atomtransporte in NRW!

[01.09.10](#) „Akte Urenco“ bleibt geöffnet / Kundgebung am Sonntag vor der Gronauer Urananreicherungsanlage (13.00 Uhr)

[02.09.10](#) Kein Atommüll-Endlager in Gronau! - Kundgebung am Sonntag (5.9.) vor der Gronauer Urananreicherungsanlage

[03.09.10](#) Uranabbau verletzt die Menschenrechte - Sonntag, 13.00 Uhr: Kundgebung vor der Gronauer Uranfabrik

[06.09.10](#) BBU fordert sofortigen Atomausstieg statt mathematischer Pokerspielchen - Rot-Grün in NRW soll die Urananreicherungsanlage in Gronau sofort stilllegen

[14.09.10](#) Oxfam und BBU warnen: Neuer Leitfaden zur sozialen Verantwortung darf nicht zum Unternehmenszertifikat-Light“ werden

[15.09.10](#) Der BBU ruft zur Teilnahme am „Berliner Spätsommerprotest“ gegen Atomanlagen und zum Widerstand gegen den nächsten Castortransport nach Gorleben auf

[19.09.10](#) Kanzlerin muss engagierten Anti-Atomkraft-Kurs einschlagen - BBU ruft zu weiteren phantasievollen Aktionen gegen Atomanlagen und Atomtransporte auf

[19.09.10](#) Urananreicherungsanlage arbeitet mit veraltetem „Sicherheitsbericht“

[20.09.10](#) Die Atomindustrie darf nirgendwo freies Spiel haben

[23.09.10](#) Scharfer Protest gegen Atommülltransport von Ahaus nach Russland

[28.09.10](#) Laufzeitverlängerung ist „handfester Skandal“

[28.09.10](#) Umweltverbände fordern zur Kündigung beim Atom-Kartell auf

[30.09.10](#) Der BBU gratuliert Marianne Fritzen zur Verleihung des Petra-Kelly-Preises

[01.10.10](#) BBU erhebt Einspruch gegen 2 weitere Atomkraftwerke in Temelin (Tschechien) / Rund 650 Sammeleinsprüche eingereicht

[01.10.10](#) Stellungnahme des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zum Polizeieinsatz in Stuttgart

[04.10.10](#) Sonderzug mit Uranmüll aus Gronau unterwegs - Wann stoppt die NRW-Landesregierung die hochgefährlichen Transporte?

[07.10.10](#) BBU ruft zur Teilnahme an der Menschenkette in München auf (Samstag) - Alle Atomkraftwerke und sonstigen Atomanlagen sofort stilllegen!

[12.10.10](#) BBU: Neue Atomkraftwerke in den Niederlanden verhindern / Landesregierungen von NRW und Niedersachsen sollen Einsprüche erheben und den Protest unterstützen

[20.10.10](#) BBU sammelt Einsprüche gegen neue AKW-Pläne in den Niederlanden

[21.10.10](#) Ministerpräsidentin Hannelore Kraft soll sich gegen Atomtransporte engagieren

[25.10.10](#) Die Bundesregierung soll alle Atomtransporte stoppen / BBU ruft zu weiteren Protesten auf

[27.10.10](#) Erörterungstermin verschoben - Umweltorganisationen lehnen Ausbau eines Gronauer Schweinehaltungsbetriebes ab

[27.10.10](#) BBU spricht sich scharf gegen AKW-Laufzeitverlängerungen aus - Bundesregierung soll den Atommülltransport von Frankreich nach Gorleben stoppen

[29.10.10](#) BBU ruft zu weiteren und verstärkten Protesten gegen alle Atomanlagen auf

[03.11.10](#) Atommüllproblem weder in vier noch in 40 Jahren gelöst - BBU unterstützt den Widerstand gegen den drohenden Castor-Atommülltransport nach Gorleben

[04.11.10](#) Aktionen gegen den Castortransport nach Gorleben sind „zwingend notwendig“ / Uranabbau muss gestoppt werden

[05.11.10](#) BBU ruft noch einmal zu Protesten gegen den Castortransport auf - „Daheimgebliebene“ solidarisieren sich in Hannover und Gronau

[07.11.10](#) Landesregierung und Bundeskanzlerin sollen Nichtdurchsetzbarkeit eingestehen / Polizei soll nicht eskalierend vorgehen

[08.11.10](#) Atomaufsichtsbehörden der Länder sollen Genehmigungen für den Betrieb der Atomanlagen unverzüglich aufheben!

[09.11.10](#) BBU deckt weiteren Uranexport nach Frankreich auf - Protest gegen drohenden Atommüllexport von Ahaus nach Russland

[15.11.10](#) Reaktion auf Gutachten: BBU lehnt den Bau neuer AKW in der Schweiz ab
Einspruchsfrist gegen neues AKW in den Niederlanden endet am 19.11.10

[16.11.10](#) Erörterungstermin schon wieder verschoben - Umweltorganisationen lehnen Ausbau eines Gronauer Schweinehaltungsbetriebes ab

[24.11.10](#) BBU warnt vor Stuxnet-Angriff auf die deutsche Urananreicherungsanlage

[30.11.10](#) Demonstration gegen den Flughafen Twente am 1. Dezember - BBU unterstützt weiterhin den Widerstand gegen die Flughafenpläne

[30.11.10](#) Der BBU warnt vor den Gefahren salzhaltiger Streumittel

[01.12.10](#) Demonstration trotz Frost und eisigem Wind gegen den Flughafen Twente

[02.12.10](#) Ahauser Bevölkerung soll mit Käfigen eingeschüchtert werden/ BBU verlangt klare Aussage der Landesregierung zu Atommüllexport

[03.12.10](#) ExxonMobil gefährdet Grundwasservorräte

[03.12.10](#) Zwischenfall in der Urananreicherungsanlage Gronau

[06.12.10](#) Atommüllexport: BBU ruft zur Wachsamkeit auf - Sonntag wird in Ahaus demonstriert!

[07.12.10](#) BBU ruft zum Protest gegen den Atommülltransport nach Lubmin auf

[10.12.10](#) Massives Votum des BBU gegen den Atommülltransport nach Lubmin

[13.12.10](#) 700 Tonnen Uranmüll rollen mit unbekanntem Ziel durch das Münsterland

[21.12.10](#) BBU-Wunschzettel: Neue Mitglieder und Spenden sollen den Verband stärken, damit er noch intensiver umweltbelastenden Firmen und Unternehmen die Stirn bieten kann

[23.12.10](#) BBU auch gegen neue Atomkraftwerke in der Schweiz

[03.01.11](#) Neujahrstauchen am AKW-Standort Borssele gegen Atomkraft und gegen neue Atomkraftwerke

[07.01.11](#) Der BBU begrüßt das Aus für die Gentechnikkartoffel Amflora - Erfolgreiche Proteste aus den Reihen der Bevölkerung

[11.01.11](#) Nach neuer Panne: Rot-Grün soll endlich UAA-Betriebsgenehmigungen aufheben / Weitere Proteste in Planung

[20.01.11](#) Nein zur Landwirtschaftspolitik von EU und Bundesregierung / BBU ruft zur Teilnahme an der Berliner Demonstration am Samstag auf

[20.01.11](#) Landesweites Bündnistreffen hat für Ostermontag einen Ostermarsch zur Urananreicherungsanlage in Gronau beschlossen / Gegen die militärische und die sogenannte zivile Nutzung der Atomenergie

[21.01.11](#) Wird die Gießerei Borgelt wirklich stillgelegt? / Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz unterstützt die Osnabrücker Bürgerinitiative "Bürger gegen Gift und Gestank der Eisengießerei"

[23.01.11](#) Nach der Berliner Demonstration: Weiteres Engagement zur Förderung des ökologischen Landbaus / Protest gegen neue Massentierställe in Harpstedt (Landkreis Oldenburg)

[27.01.11](#) BBU ruft zur Teilnahme an der Anti-Atomkraft-Demo in Jülich auf / Keine Atommülltransporte von Jülich nach Ahaus

[01.02.11](#) BBU kritisiert Kernfusionsvorhaben am Forschungszentrum Jülich / Atommüll soll nicht von Jülich nach Ahaus verschoben werden

[08.02.11](#) Trotz gefährlicher Schadstoffe im Heilquellenschutzgebiet von Bad Salzschlirf: „Bickhardt-Bau-Verfahren“ soll fortgesetzt werden - Bürgerinitiative beantragt Unterlagen beim Regierungspräsidium Kassel

[09.02.11](#) SPD-Ratsmitglied heuert bei der Atomindustrie an / Wie reagiert die SPD auf Landes- und Bundesebene?

[11.02.11](#) Ahaus, Gorleben und Lubmin sind Strohhalme der Atomindustrie – die Entsorgung ist ungelöst / BBU lehnt den Atommülltransport nach Lubmin mit Nachdruck ab und ruft zum Protest auf

[15.02.11](#) BBU kritisiert ständige Urantransporte -Aufruf zu Protesten gegen den Atommülltransport nach Lubmin und für den Sofortausstieg

[22.02.11](#) BBU fordert von Hofheimer Ratsfraktionen: "Sprechen Sie sich gegen den Bebauungsplan Nr. 134 „Wohngebiet Vorderheide II“ aus"

[23.02.11](#) Neuer Entwurf des CCS-Gesetzes erlaubt verschmutztes Kohlendioxid in den Untergrund zu injizieren

[24.02.11](#) Neue Einspruchskampagne gegen grenznahe Uranfabrik / Ostermontag Ostermärsche in Almelo und Gronau

[25.02.11](#) Neue Proteste gegen Atomanlagen

[28.02.11](#) 28. Februar: Brokdorf vor 30 Jahren

[03.03.11](#) BBU: Artenschutz muss höheren Stellenwert erhalten

[04.03.11](#) 39 Krebsfälle in der Samtgemeinde Asse

[08.03.11](#) Ein Rosenmontags-Zug der besonderen Art

[08.03.11](#) Natur- und Umweltschutzverbände sind für die Ausweisung des Naturschutzgebietes „Goorbach und Hornebecke“

[11.03.11](#) BBU: In Japan ist eine völlig verheerende Situation entstanden

[12.03.11](#) NRW-Landesregierung soll Uranexport von Gronau nach Japan stoppen

[13.03.11](#) Montag bundesweit Mahnwachen aus Mitgefühl mit der japanischen Bevölkerung und gegen die weitere Nutzung der Atomenergie / Urantransporte aus Deutschland nach Japan stoppen

[14.03.11](#) Heute (14.03.2011) bundesweit Mahnwachen - Aussetzung der Laufzeitverlängerung nicht weitgehend genug

[15.03.11](#) BBU sammelt Einsprüche gegen den Ausbau der niederländischen Urananreicherungsanlage

[16.03.11](#) Zum Weltwassertag 2011 fordert der BBU und der VSR-Gewässerschutz die Bürger auf, das Regenwasser auch in den urbanen Bereichen zu versickern

[22.03.11](#) Neue Internetseite für die landesweite Demonstration am Ostermontag zur Urananreicherungsanlage

[24.03.11](#) Zu den Meldungen des WDR (s. u. + <http://www.wdr.de/studio/muenster/nachrichten/index.html#r1>) erklärt der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) in einer ersten Stellungnahme:

[27.03.11](#) 28. März: BBU erinnert an die Harrisburg-Katastrophe

[30.03.11](#) Neue BBU-Vorstandsmitglieder / BBU-MV bekräftigt Forderung nach Sofortausstieg aus der Atomenergie

[01.04.11](#) Von Bremen über Essen bis Regensburg / Weitere Anti-Atomkraft-Demonstrationen am Samstag

[01.04.11](#) Bundeskanzlerin Angela Merkel bedankt sich beim BBU

[04.04.11](#) Fukushima bedeutet eine Zeitenwende – sofortige und weltweite Stilllegung aller Atomanlagen

[06.04.11](#) BBU: Bürgerinitiativen lehnen Kohlendioxidspeicherung und Akzeptanzgespräche ab / Gesundheit muss Vorrang haben

[06.04.11](#) BBU unterstützt Aufruf zu Protesten gegen drohende Grundwasserverseuchungen Gemeinsam stoppen wir Fracking!

[15.04.11](#) Königin in der Bundesrepublik – BBU gegen Atomanlagen in den Niederlanden

[26.04.11](#) BBU fordert: Keine laue Energie- sondern grundsätzliche Politikwende!

[02.05.11](#) BBU gegen Gentechnik in der Landwirtschaft: Petition kann noch bis zum 10. Mai unterschrieben werden

[06.05.11](#) NRW-Urantransporte: Im Ernstfall kann die Bevölkerung nicht geschützt werden

[10.05.11](#) AKW Biblis A: BBU ruft zu weiterem Engagement gegen die Nutzung der Atomenergie auf

[12.05.11](#) Atomausstieg & Zahlentricksereien: Es gibt keine „jungen“ Atomkraftwerke / Auch Uranfabriken stilllegen – sofort!

[16.05.11](#) Mittwoch (18. Mai): Informationsveranstaltung mit Svetlana Slobina aus Russland: „Danke für Euren Atommüll“

[20.05.11](#) BBU ruft für Sonntag (22. Mai) zur Teilnahme an der Anti-Atomkraft-Demonstration in der Schweiz auf

[22.05.10](#) Bahnunglück in Müllheim: BBU fordert verschärfte Sicherheitsvorkehrungen für Gefahrguttransporte

[23.05.11](#) BUND, BBU und Bürgerinitiative fordern ersatzlosen Abbruch des Bebauungsplanverfahrens zur Anlage der Bickhardt Bau AG – Mängel beim Schutz von Umwelt und Gesundheit können nicht behoben werden

[24.05.11](#) Region Fulda mobilisiert für Samstag zur Anti-Atomkraft-Demonstration in Frankfurt: Atomkraftwerke in Biblis für immer stoppen!

[24.05.11](#) Samstag Anti-Atomkraft-Demonstration in Frankfurt: Atomkraftwerke in Biblis für immer stoppen!

[26.05.11](#) Auch der BBU ruft zur Teilnahme an der überörtlichen Anti-Fracking-Demonstration auf (Freitag in Münster)

[26.05.11](#) Das Atommüll-Dilemma abschwächen - Atommüll-Produktion sofort stoppen
Samstag Anti-Atomkraft-Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet

[30.05.11](#) Scharfe Kritik des BBU am drohenden Weiterbetrieb von AKW und Uranfabriken

[08.06.11](#) Klammheimliche Atomtransporte bilden enorme Gefahrenquellen

[10.06.11](#) Landesregierung soll handeln, nicht lamentieren! Atomkraftgegner und Gewerkschafter fordern die sofortige Stilllegung der Gronauer Uranfabrik

[15.06.11](#) Offener Brief an die Grünen: Bürgerinitiativen und Umweltverbände kritisieren angeblichen Atomkonsens

[16.06.11](#) BBU fordert sofortigen Baustopp für Stuttgart 21

[16.06.11](#) BBU erwartet von NRW-Landesregierung konkreten und sofortigen Ausstieg aus der Urananreicherung / Auch Brennelementefabrik Lingen muss stillgelegt werden

[20.06.11](#) Scharfe Kritik an Atomkonzernen – BBU ruft zum Stromwechsel auf

[21.06.11](#) BBU fordert von Düsseldorfer Landesregierung tatkräftiges Handeln

[25.06.11](#) Atomausstieg – Jonglieren mit Zahlen ist der ernsten Lage nicht angemessen / Heute internationaler „Aktionstag für die Abschaffung von Atomwaffen / BBU für sofortigen Atomausstieg und gegen Atomwaffen

[27.06.11](#) BBU ruft zum weiteren Anti-Atomkraft-Protest auf der Straße auf

[28.06.11](#) Erweiterungs-Antrag für „Bickhardt-Bau-Anlage“ vom Tisch - Großer Erfolg für Umweltverbände und Bürgerinitiative

[30.06.11](#) Kein AKW wird geduldet – Sonntag internationaler Protest in Gronau und Angarsk

[01.07.11](#) Sonntag (3. Juli): Kundgebung, Straßenfest und 300. Sonntagsspaziergang an der Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA)

[03.07.11](#) Heute internationaler Protest gegen die Uran- und Atomindustrie in Gronau und Angarsk

[04.07.11](#) Gronauer Urananreicherungsanlage wurde zwei Stunden blockiert - Internationale Proteste gegen die Uranindustrie

[05.07.11](#) Der BBU dankt den Aktiven für 300 Mahnwachen am AKW Brokdorf

[06.07.11](#) ROBIN WOOD blockiert aktuell die Gronauer Urananreicherungsanlage
300. Mahnwache um 14.00 Uhr am AKW Brokdorf

[07.07.11](#) Die Betriebsgenehmigung der UAA Gronau entziehen! Rot-Grün in NRW kneift

[11.07.11](#) Der BBU verweist die Urenco-Schadensersatzvorstellungen in das Land der Märchen / NRW soll Subventionsrückzahlung prüfen

[15.07.11](#) Aufruf des BBU zu weiterem Widerstand gegen die CO2-Endlagerung / Heute und morgen „Fresh Air Festival“ in Ortwig

[19.07.11](#) Kritik des BBU: Der EU-Agrarminister-Rat sieht dem Anwachsen der Atommüllberge tatenlos zu

[19.07.11](#) Der BBU kritisiert aus ökologischen Gründen den Norderneyflug des Bundespräsidenten

[22.07.11](#) Bundesweiter Protest gegen grenznahe Uranfabrik in den Niederlanden

[26.07.11](#) Atomkraftgegner demonstrieren vor der Gronauer Urananreicherungsanlage

[26.07.11](#) Nach Uranstörfall: Minister Voigtsberger soll Uranfabrik einen Riegel vorschieben
14 Uhr Protestaktion

[27.07.11](#) Umweltverbände und Bürgerinitiative erheben Einsprüche gegen die Vertiefung des Kalksteinbruchs im hessischen Großenlüder

[29.07.11](#) Prozess ist "überflüssig wie ein Kropf" - BBU fordert Freispruch für Atomkraftgegner/innen

[01.08.11](#) Untätigkeit beim Regierungspräsidium Kassel empört die Umweltschutzbewegung - Hoher Behördenmitarbeiter stellt Aktivitäten zur Aufdeckung von Missständen in Frage

[02.08.11](#) Gegen weitere Atomtransporte - BBU wirft der Bundesregierung fehlendes Entsorgungskonzept vor

[09.08.11](#) 66. Jahrestag: Nagasaki mahnt - BBU gegen Atomwaffen und für sofortigen Atomausstieg

[10.08.11](#) BBU reagiert skeptisch auf die Ankündigung der Stresstests bei weiteren Atomanlagen / Anlagenstilllegungen sind bereits jetzt geboten und möglich

[11.08.11](#) Vielstimmiger Protest gegen die grenznahe Uranfabrik in den Niederlanden
BBU reicht Einsprüche in Den Haag ein

[16.08.11](#) Stuttgart 21: Beschwerliche Reise in den Untergrund für ältere Menschen und Behinderte nicht hinnehmbar / BBU schreibt offenen Brief an Heiner Geißler

[22.08.11](#) Nach dem Brand in der ASSE: BBU warnt vor schwerwiegenden Bränden in Atomanlagen

[26.08.11](#) Sommerfest Bundeswehrdepot Ochtrup / Umweltbelastungen und Protest

[26.08.11](#) Gorleben: Konkrete Schutzmaßnahmen statt Augenwischereien / Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen und Stopp der Atomtransporte

[01.09.11](#) BBU begrüßt Aktionen am Antikriegstag (01.09.) - Widerstand gegen Atomanlagen und Atomwaffen verbindet die Anti-Atomkraft- und Friedensbewegung

[05.09.11](#) Will RWE bei der Urananreicherungsanlage Gronau austeigen?

[06.09.11](#) Ministerpräsidentin Hannelore Kraft soll die Bevölkerung über die Zukunft der Gronauer Urananreicherungsanlage informieren

[08.09.11](#) NRW-Landesregierung soll sich klar zur Zukunft der Gronauer Urananreicherungsanlage äußern

[09.09.11](#) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und das Aktionsbündnis STOP Westcastor (ASW) rufen zur Teilnahme an der Demo gegen den Betrieb des belgischen Atomkraftwerkes Tihange am 17. September im belgischen Huy auf

[11.09.11](#) Verwaltungsgericht Köln bestätigt den Anspruch des BBU –
Anschriften sowie Betreiber- und Firmennamen von Störfallanlagen müssen übermittelt werden

[12.09.11](#) Explosion im AKW Marcoule: Behörden sollen umfassend informieren

[13.09.11](#) Keine Verbrennung deutschen Atommülls in den USA BBU schickt Fragenkatalog an das Bundesumweltministerium

[14.09.11](#) Am Wochenende: Protestaktionen in mehreren Ländern gegen die Nutzung der Atomenergie / Auch der BBU ruft zur Teilnahme auf

[16.09.11](#) Protest gegen Kohlendioxid-Endlagerung

[16.09.11](#) Protestaktionen gegen die Nutzung der Atomenergie und gegen CO2-Endlagerung am Wochenende / Auch der BBU ruft zur Teilnahme auf

[17.09.11](#) Was macht Gronauer Uranmüll in Russland?

[19.09.11](#) Internationaler Protest gegen Atomanlagen / Deutsch-russische Atomtransporte sollen gestoppt werden

[22.09.11](#) Keine CO2-Endlagerung: Freitag Unterschriftenübergabe vor Bundesratssitzung

[22.09.11](#) Ökostrom hinterlässt keine Atommüllberge / BBU beteiligt sich an der bundesweiten Stromwechsel-Aktionswoche

[23.09.11](#) Keine CO2-Endlagerung: Heute Unterschriftenübergabe vor der Bundesratssitzung

[26.09.11](#) Der BBU fordert ein gesetzliches Verbot der Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten (Fracking)

[27.09.11](#) Die Bundesrepublik Deutschland als Vorreiter auf dem Weg zum Atomausstieg / Der Super Gau von Fukushima

[04.10.11](#) MEPs' vote shows resolve in tackling e-waste but fails to protect citizens from dangerous accidents

[06.10.11](#) Atomanlagen in NRW werden ausgebaut: NRW-Landesregierung konterkariert Atomausstieg!! „Rot-Grün vertuscht atomfreundliche Politik“

[07.10.11](#) Der Super Gau von Fukushima und die Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland aus japanischer Sicht

[09.10.11](#) „Stopp den Atom- und Uranmülltransporten in NRW! Atomanlagen stilllegen! Phantasievolle Protestaktionen in den kommenden Monaten geplant!“

[10.10.11](#) BBU gegen neues Atomkraftwerk in Finnland / Fukushima-Vortragsreise

[12.10.11](#) Der Super Gau von Fukushima und die Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland aus japanischer Sicht

[14.10.11](#) BBU reagiert auf den Vermittlungsausschuss und fordert ein CCS-Unterlassungsgesetz

[15.10.11](#) Nach dem BVG-Urteil: BBU fordert Verbot von Nacht- und Billig-Flügen

[17.10.11](#) Atomtransport rast im irren Tempo durch NRW - Bürgerinitiativen kritisieren Untätigkeit der Landesregierung

[17.10.11](#) Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) besichtigt die ZKW Otterbein / Vorhaben zum Steinbruch nicht akzeptabel

[19.10.11](#) Moratorium für den Ausbau von Bio-Gas-Anlagen: Stopp einer Fehlentwicklung!

[19.10.11](#) Der Super Gau von Fukushima und die Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland aus japanischer Sicht

[21.10.11](#) BBU: Aufruf zur Unterstützung von friedlichen Aktionen der internationalen „Occupy“-Bewegung

[25.10.11](#) BBU unterstützt Aufruf zum bundesweiten Castor-Streckenaktionstag am Samstag (29.10.11)

[28.10.11](#) Ein Sandoz II muss verhindert werden!

[31.10.11](#) BBU kritisiert Ausbaugenehmigung für die niederländische Urananreicherungsanlage - Die Anlage in Almelo soll zukünftig Uran für 50 Atomkraftwerke in aller Welt produzieren

[02.11.11](#) BBU kritisiert Vattenfall und ruft zu weiteren Protesten auf

[03.11.11](#) Ulla Weiß in den Vorstand von ECOS gewählt

[07.11.11](#) Neue Pläne zur Änderung der Aufbereitungsanlage für teerpechhaltigen Straßenaufbruch in Großenlüder-Eichenau / BBU und Bürgerinitiative legen zusätzliche Gefahren für Mensch und Natur dar

[11.11.11](#) BBU: Weit und breit kein Entsorgungsnachweis für bereits vorhandenen Atommüll

[14.11.11](#) Der BBU unterstützt den Protest gegen das Raketen- und Abwehrschildsystem in Kürecik (Türkei /Kurdistan)

[18.11.11](#) Europa in Bonn: Europäische und internationale Normung in der Diskussion - Ralf Lottes von ECOS besucht die BBU-AG „Umwelt und Normung“

[22.11.11](#) Energiewende: BBU fordert 100.000 Blockheizkraftwerke

[23.11.11](#) Castortransport: BBU empört über Polizeieinsatz in Frankreich

[24.11.11](#) BBU kritisiert: Völlig Chaotische Castor-Transportplanung

[24.11.11](#) Volksabstimmung zu Stuttgart 21: BBU fordert Projektaufgabe

[25.11.11](#) BBU contra Castor: Bundesumweltminister Röttgen soll Bedenken genauestens überprüfen

[26.11.11](#) BBU: Bundesregierung soll Gorleben als untauglich und gescheitert erklären

[26.11.11](#) Die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) muss auf neue Beine gestellt werden

[28.11.11](#) Der BBU würdigt den kreativen Anti-Castor-Widerstand im Wendland als positives Zeichen des sozialpolitischen Ehrenamtes

[29.11.11](#) Gorleben: Jede Blockade war ein weiterer Sargnagel für die Atomkonzerne / Weiterhin vielfältige Aktionen und Proteste der Anti-Atomkraft-Bewegung

[30.11.11](#) BBU unterstützt den weiteren Widerstand gegen das Projekt Stuttgart 21

[05.12.11](#) Castor-Transporte auch durch Innenstädte?

[06.12.11](#) Teilerfolg für Umweltschützer: Anzeige zur Änderung der Aufbereitungsanlage in Großenlüder-Eichenau zurückgezogen

[12.12.11](#) Nach der Klimakonferenz: BBU organisiert Veranstaltung zum Klimaschutz

[12.12.11](#) Wieder ein Urantransport - BBU fordert konsequente Schritte von der Landesregierung

[16.12.11](#) Castortransporte von Jülich nach Ahaus: Der BBU ruft für Sonntag zur Teilnahme an der Demonstration in Ahaus auf

[20.12.11](#) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) trauert um Eberhard Walde

[20.12.11](#) Sammeleinspruch gegen neues Atomkraftwerk in den Niederlanden

[20.12.11](#) Landesregierung NRW und Bundesumweltminister Röttgen sollen "Weihnachtsfreude" bescheren. Ansonsten: Landesweiter Autobahnaktionstag gegen Castor-Transporte am 25. Februar

[23.12.11](#) 19. Januar: Bundesweiter BBU-Klimaworkshop in Bonn

[30.12.11](#) Asse, Gorleben, Gronau: Anti-nukleare Proteste zum Jahreswechsel

[04.01.12](#) BBU: Erschreckende Umwelt-Bilanz für 2011

[04.01.12](#) Landesregierung hat Atomindustrie nicht im Griff: Ahaus: 74 Atommüll-Container seit Mitte 2010! - Gronau: Sicherheitsüberprüfung verzögert sich

[05.01.12](#) Der BBU erhebt Einspruch gegen mögliche Atomkraftwerke in Polen

[05.01.12](#) Urananreicherung Gronau: Areva will bei Urenco einsteigen!

[05.01.12](#) Ahaus-Antwort der Landesregierung wirft neue Fragen auf

[12.01.12](#) Planänderungsantrag der ZKW Otterbein: Die Genehmigungsbehörde will mit Vier-Wochen-Frist zum Erörterungstermin einladen

[13.01.12](#) Breiter Protest gegen ein neues Atomkraftwerk in Borssele (NL)

[16.01.12](#) BBU lehnt nationalen Entwurf des Gesetzes und der 1. Verordnung zur Umsetzung der europäischen Industrieemissionsrichtlinie ab

[16.01.12](#) Hochwasser, Starkregen und kein Winter in 2012 - Der Klimawandel findet bereits statt!

[17.01.12](#) Mauerbau auch in Gronau? Areva will die RWE- und E.on-Anteile an Urenco (derzeit) nicht kaufen

[18.01.12](#) Plutonium-Transport zum AKW Grohnde jetzt über NRW-Autobahn?
Atomkraftgegner: Transportverbot für Plutonium-Brennelemente!

[19.01.12](#) Donnerstag, 19. Januar: Klima-Veranstaltung in Bonn

[20.01.12](#) Zwei Jahre nach dem Störfall: Minister Voigtsberger soll UAA-Genehmigungen aufheben

[20.01.12](#) Demonstration in Berlin: Wir haben es satt ! Auch der BBU ruft zur Teilnahme auf

[23.01.12](#) Der Widerstand gegen Atomanlagen und Atommülltourismus in NRW wird immer breiter. Phantasievoller Aktionsfahrplan beschlossen!

[24.01.12](#) Pläne für AKW Borssele 2 endgültig aufgeben!

[24.01.12](#) Welche Energieerzeugung ist umweltpolitisch und ethisch akzeptabel? Können Normen beim Kampf gegen den Klimawandel helfen?

[30.01.12](#) BBU fordert erneut ein Nachtflugverbot und die Reduzierung der Anzahl der Flüge in Berlin-Schönefeld

[31.01.12](#) BBU fordert in einem offenen Brief von Röttgen: Stopp der Zerstörung des einzigartigen umweltpolitischen Erfolgsmodells EEG, Stopp der Reduktion der Einspeisevergütungen!

[01.02.12](#) Atomkraftgegner: Großaktionen gegen Uranindustrie!

[04.02.12](#) Abschlusserklärung der Internationalen Urankonferenz Münster

[08.02.12](#) Der BBU unterstützt die bundesweiten Anti-Atomkraft-Aktionen am Samstag, 11. Februar 2012

[10.02.12](#) BBU gegen neue Atomreaktoren in den USA - Morgen bundesweite Anti-Atom-Proteste

[13.02.12](#) Zwischenlager-Stresstests sind reine Augenwischerei

[14.02.12](#) BBU stellt Strafanzeige gegen Unbekannt wegen der Manipulationen und Täuschungen beim Projekt Stuttgart 21

[15.02.12](#) BBU reagiert empört auf die nächtliche Räumung des Protest-Camps im Stuttgarter Schlossgarten

[17.02.12](#) BBU: Einwendungen gegen das polnische Atomprogramm noch bis zum 27. Februar möglich

[22.02.12](#) 25. Februar: Autobahn-Aktionstag in NRW !

[22.02.12](#) BBU: Mit Aschermittwoch ist der Widerstand gegen Stuttgart 21 noch lange nicht vorbei!

[24.02.12](#) Röttgen und Rösler sind auf dem Weg in den klimapolitischen Abgrund / BBU kritisiert geplante "Streichorgie" der Bundesregierung im Bereich der Solarförderung

[25.02.12](#) 25. Februar: Autobahn-Aktionstag in NRW - „Atomtransporte quer durch NRW stoppen“

[26.02.12](#) Landesweiter Autobahn-Aktionstag erfolgreich: „Atomtransporte verbieten – Atomanlagen stilllegen“

[28.02.12](#) BBU-Einspruch gegen das Atomprogramm in Polen - Demonstrationen am

11. März / Kürzungen der Solarförderung verhindern!

[08.03.12](#) Demonstration am 1. Fukushima-Jahrestag in Gronau - Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen in NRW und anderswo!

[09.03.12](#) Bundesverband ruft zur Teilnahme an den Fukushima-Anti-Atomprotesten auf
Erneuerbare Energien verstärkt nutzen

[12.03.12](#) Aus Sicherheitsgründen den Widerstand gegen Atomkraftwerke, Uranfabriken und Atomtransporte fortsetzen

[15.03.12](#) Erörterungstermin ZKW Otterbein: BBU fordert das Regierungspräsidium Kassel zu Transparenz und Bürgerfreundlichkeit auf

[16.03.12](#) Menschenkette mit Fackelzug gegen das E.on-Kohlekraftwerk Datteln 4 am Samstag (17. März) / BBU solidarisiert sich mit dem Widerstand vor Ort

[16.03.12](#) Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus dauerhaft stoppen / Sonderzüge bringen 900 Tonnen Uranhexafluorid nach Gronau

[17.03.12](#) Diese Woche: Sonderzüge transportierten 900 Tonnen Uranhexafluorid durch das Münsterland

[20.03.12](#) Der BBU fordert die sofortige Stilllegung des AKW Mühleberg (Schweiz)

[23.03.12](#) Großenlüder: Gravierende Mängel im Erörterungstermin ZKW Otterbein dargelegt / Genehmigungsbehörde und Antragstellerin in schlechtem Licht

[26.03.12](#) BBU fordert Europäische Union zur Umkehr in der Politik der Anlagensicherheit auf – Bundesregierung soll sich für fortschrittliche Regelungen bei der Novellierung der Seveso-II-Richtlinie einsetzen

[29.03.12](#) BBU für sofortige und endgültige Stilllegung des AKW Brokdorf

[02.04.12](#) Osteraktionen der Anti-Atomkraft-Bewegung an Atomstandorten

[03.04.12](#) Immissionsgrenzwert für Stickstoffdioxid in Witten dramatisch überschritten – BBU fordert Überarbeitung von Luftreinehalteplänen in NRW

[04.04.12](#) Ostermarsch in Jülich (Ostermontag): Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbände rufen zur Teilnahme auf

[05.04.12](#) Karsamstag: Symbolische Blockade der deutschen Urananreicherungsanlage

[07.04.12](#) Osteraktion: Symbolische Blockade der deutschen Urananreicherungsanlage

[10.04.12](#) Hochgefährlicher Urantransport rollt Richtung Frankreich

Proteste in Gronau und Münster / BBU fordert Transportverbot

[11.04.12](#) Anti-Atomkraft-Initiativen nahmen an Ostermarschaktionen teil - Weitere Aktionsplanung am Wochenende in Ahaus

[15.04.12](#) Treppenwitz und Atommüll

[18.04.12](#) EU-Atomförderung: Die atomaren Monster nicht weiter mästen / Proteste bei RWE-Jahreshauptversammlung

[19.04.12](#) UAA Gronau: Genau 30 Jahre nach Baubeginn - die noch amtierende NRW-Landesregierung soll die Genehmigungen aufheben!

[24.04.12](#) SpitzenkandidatInnen sollen atompolitische Wahlprüfsteine beantworten
Bürgerinitiativen setzen Frist bis Ende April

[25.04.12](#) 26 Jahre Tschernobyl: Atommüllentsorgung unlösbar - abgeschaltete AKW richtig stilllegen - Demo in Gorleben

[04.05.12](#) Weitere Proteste gegen Atomanlagen und Atomtransporte in NRW

[07.05.12](#) Kripo eingeschaltet / Verdacht auf nicht-staatliche Akteure / Aktionen zu BP, TEPCO und BAYER

[09.05.12](#) Parteien zur Atompolitik in NRW / Robin Wood-Aktionstour im Vorfeld der Landtagswahl

[14.05.12](#) Atomtransport Richtung Süden unterwegs. Neue NRW-Landesregierung soll das Gronauer Uranmonster stoppen

[16.05.12](#) NRW-Atomausstieg: Klarer Auftrag für Rot-Grün

[17.05.12](#) Das Scheitern von Umweltminister Röttgen ist ein klares Zeichen der verfehlten Atompolitik in NRW / Sind neue Atomtransporte aus England nach NRW bereits in Planung?

[22.05.12](#) Zahllose Menschen von maroden Atommüll-Lagern betroffen - Proteste gegen die Jahrestagung Kerntechnik

[29.05.12](#) BBU solidarisiert sich mit Kletteraktion gegen Atommüll-Schiffstransport

[29.05.12](#) Atomfrachter wieder auf Tour / BBU warnt vor weiteren Atomtransporten

[01.06.12](#) Kneift Rot-Grün beim Atomausstieg in NRW?

[01.06.12](#) Kronprinz Willem Alexander will Donnerstag den Ausbau der niederländischen Uranfabrik einweihen

[04.06.12](#) Scharfe Kritik an Atommüllexport aus NRW nach Frankreich

[05.06.12](#) Welt-Umwelttag: BBU ruft zu mehr Engagement für den Umweltschutz auf

[06.06.12](#) BBU stellt Forderungen an den neuen Bundesumweltminister Peter Altmaier

[08.06.12](#) Urananreicherung: Zeitgleich Schwelbrand in Gronau und "königliche Einweihungsproteste" in Almelo (NL)

[12.06.12](#) Atommülltransporte aus La Hague nach Ahaus? Bürgerinitiativen lehnen weitere Atommülleinlagerungen ab

[12.06.12](#) BBU gegen Gentechnik in Lebensmitteln

[14.06.12](#) BBU: Der NRW-Koalitionsvertrag ist im Umweltbereich unzureichend und vage

[16.06.12](#) Europäisches Parlament verabschiedet Seveso-III-Richtlinie – Die Richtlinie ist eine verpasste Chance zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt vor Störfällen

[18.06.12](#) Duisburger Atomschrottanlage der GNS erhält rot-grüne Erweiterungsgenehmigung

[19.06.12](#) BBU-Einspruch gegen neue AKW in der Tschechischen Republik / RWE soll sofort aus dem Atomgeschäft aussteigen

[20.06.12](#) Rio plus 20: Nicht den Kopf in den Sand stecken

[22.06.12](#) 1972 – 2012: 40 Jahre BBU – 40 Jahre konsequenter Einsatz für die Umwelt

[25.06.12](#) Erfolgreicher Start des BBU in die eigenständige Normungsarbeit

[27.06.12](#) Verfassungsschutz-Klausel gefährdet gemeinnützige Organisationen / NGOs kritisieren geplantes Steuergesetz 2013 / Offener Brief an Bundestagsabgeordnete

[28.06.12](#) Scharfer Protest des BBU gegen das Gesetz zur Kohlendioxid-Endlagerung (CCS-Gesetz)

[29.06.12](#) Der BBU unterstützt den Anti-Atom-Protest in Duisburg: Morgen Demo um "5 vor 12"

[02.07.12](#) Heute Proteste gegen Sonderzug mit Atommüll

[02.07.12](#) Uranmüll-Sonderzug startet unter Protest - Uran-LKW ausgebremst

[05.07.12](#) NRW-Landesregierung bricht Vereinbarungen zum Fracking-Gutachten - Sitzungen des Begleitenden Arbeitskreises werden zur Farce

[11.07.12](#) BBU lehnt Netzentwicklungsplan 2012 (Strom) ab

[13.07.12](#) UmweltschützerInnen fordern von Innenministerium und Landkreisen: Katastrophenschutzpläne für Atomkraftwerke ins Internet stellen / Einwendungsfrist bis zum 30. September 2012 verlängern

[18.07.12](#) AKW-Katastrophenschutzpläne werden vor 10 Mio. BürgerInnen verheimlicht! / 59 Landkreise im Umkreis von 100 km um die Atomkraftwerke Grohnde und Lingen sollten ihre vorhandenen Katastrophenschutzpläne auslegen!

[20.07.12](#) BBU: Wintershall soll seine Fracking-Pläne unverzüglich und endgültig beenden

[20.07.12](#) BBU: Regierung von Weißrussland soll Atomkraftgegner frei lassen

[23.07.12](#) BBU: Energiewende jetzt, aber richtig und sozial!

[24.07.12](#) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gratuliert seinem Vorstandsmitglied Jürgen Rochlitz zum 75. Geburtstag

[24.07.12](#) BBU verlangt von Bundesumweltminister Altmaier ein CCS-Verbotsgesetz

[24.07.12](#) Noch heute (Dienstag) Atommülltransport von Geesthacht über Hamburg in die USA?

[25.07.12](#) Nächtlicher Atommülltransport startet in Geesthacht Richtung USA

[26.07.12](#) Was passiert mit dem norddeutschen Atommüll in den USA? Endlagerung oder Wiederaufarbeitung? BBU weist auf Widerspruch hin und verlangt Aufklärung

[27.07.12](#) BBU: Fristgerecht gegen die CO-Pipeline Einsprüche erheben!

[29.07.12](#) BBU kritisiert Altmaiers Kohlekraftwerkspolitik / Gratulation für erfolgreiche Bürgerinitiative in Brunsbüttel

[30.07.12](#) Return to sender: Erstmals tritt ein Uranmülltransport den Rückweg an ... / BBU: Urananreicherungsanlage Gronau sofort stilllegen, Urantransporte verbieten

[31.07.12](#) Undurchsichtige Vorgänge beim ZKW Otterbein müssen geklärt werden – BBU schaltet Staatsanwaltschaft Fulda ein

[31.07.12](#) Rot-grüne Landesregierung in NRW soll Urantransporten eine klare Absage erteilen

[31.07.12](#) Protestaktion vor der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage (UAA)

[01.08.12](#) Schon 20 Stunden: Protestaktion vor der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau dauert an

[01.08.12](#) 24-stündige Protestaktion vor der Urananreicherungsanlage (UAA) wurde eigenständig beendet

[03.08.12](#) Einwendungen auch vom BBU und aus Ostfriesland gegen neues Kohlekraftwerk in Eemshaven (NL)

[09.08.12](#) Großer Erfolg für die Umweltschutzbewegung - Bickhardt-Bau-Tochter in Eichenau zieht Änderungsantrag zurück

[13.08.12](#) Der BBU gratuliert seinem Wasser-Experten Nikolaus Geiler zum 60. Geburtstag

[14.08.12](#) Keine Freude an Urenco-Kauf

[15.08.12](#) Schon 27 Jahre: Landesregierung schweigt zum Uran-Lager unter freiem Himmel

[17.08.12](#) Bürgerinitiative Pro Großenlüder und BBU fordern den Bürgermeister von Großenlüder auf, wieder die Interessen von Bürgern und Natur zu vertreten

[20.08.12](#) Nicht nur Biosprit und Biodiesel stoppen sondern auch die Genehmigungen für Biogasanlagen!

[20.08.12](#) BBU für Energieversorgung ohne klimaschädliche Braunkohlenutzung

[22.08.12](#) BBU-Filmempfehlung: Das Ding am Deich - Der langjährige Widerstand gegen das Atomkraftwerk Brokdorf

[23.08.12](#) Keine CO2-Verpressung in der dänischen Nordsee / Bürgerinitiative und BBU reichen Stellungnahme ein

[27.08.12](#) Protest gegen Sonderzug mit Uranmüll / Kritik an Düsseldorfer Landesregierung

[30.08.12](#) Für die nächsten 100 Tage: Neues Tempo für neue Energien - Kernforderungen des BBU

[31.08.12](#) Anti-Atomkraft-Landeskonferenz lehnt Atommülltransporte von NRW in die USA ab – Aktionsfahrplan 2012 / 2013

[03.09.12](#) Stresstest der Urananreicherungsanlage trägt nicht zur Beruhigung der Bevölkerung bei - Ausrüstung der Feuerwehr im Ernstfall ausreichend?

[05.09.12](#) ZKW Otterbein scheuen das Licht der Öffentlichkeit - BBU fordert öffentliches Genehmigungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfung

[05.09.12](#) Der BBU fordert die sofortige und endgültige Stilllegung des französischen AKW Fessenheim

[06.09.12](#) BBU fordert klare Haltung von der NRW-Landesregierung - Weder industrielles Fracking noch „Forschungs-Fracking“ zulassen

[07.09.12](#) Morgen (8. September) Protest vor dem AKW Fessenheim - Kreative Anti-Atomkraft-Bewegung auch in Frankreich

[14.09.12](#) Hochgefährliches Schneckentempo! Der BBU fordert auch für Japan und Frankreich den sofortigen Atomausstieg

[17.09.12](#) Die Uranfabriken in Gronau und Lingen stoppen / 29. September 2012: Internationaler Aktionstag gegen die Uranindustrie

[23.09.12](#) Nordenham, Grohnde und Gronau: Aktuelle Atomtransporte / Demonstration für sofortigen Atomausstieg in Ludwigsburg

[25.09.12](#) Uranmüll rollt ungeschützt nach Frankreich: BBU fordert Exportverbot für Atommüll

[27.09.12](#) 29. September: Internationaler Aktionstag gegen die Uranindustrie

[01.10.12](#) BBU gegen die CO₂-Verpressung in der dänischen Nordsee

[02.10.12](#) Ahaus: Vom Zwischenlager schleichend zum Endlager!

[02.10.12](#) Kalkar vor 30 Jahren: Ein Meilenstein der Anti-Atomkraft-Bewegung

[04.10.12](#) BBU erhebt Einspruch gegen die CO-Pipeline

[05.10.12](#) Der BBU fordert nach dem AKW-Stresstest die AKW-Stilllegungen

[08.10.12](#) Herne muss endlich wirksame Maßnahmen zur Einhaltung der Feinstaubgrenzwerte ergreifen – Prozess am 9.10.2012 vor dem Oberverwaltungsgericht Münster

[12.10.12](#) Deckmantel des Schweigens über Jülicher Brennelemente - Welchen Wert haben bisherige Ankündigungen des Forschungszentrums?

[12.10.12](#) Feinstaub-Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster bedeutet empfindlichen Rückschlag für die Luftreinhaltepolitik

[15.10.12](#) Der BBU fordert die Deckelung der konventionellen Kraftwerke

[15.10.12](#) BBU reicht Einsprüche ein gegen die CO₂-Verpressung in der dänischen Nordsee

[18.10.12](#) Keine Sicherheit bei Biogasanlagen - BBU stellt klare Forderungen auf

[18.10.12](#) Internationale Diskussion um Urenco-Verkauf

[19.10.12](#) Schluss mit den Hinterzimmergesprächen zwischen Energiekonzernen und NRW-Politikern – Landesregierung muss Fracking eine klare Absage erteilen

[22.10.12](#) Anti-Atom-Protest in Ahaus

[22.10.12](#) BBU: Wahl von Fritz Kuhn neutralisiert den Stuttgart-21-Volksentscheid

[23.10.12](#) Öffentliche Fukushima-Vorträge in Münster und Gronau

[26.10.12](#) Atomfabriken und Atomkraftwerke in Russland und Weissrussland

[30.10.12](#) Kazuhiko Kobayashi aus Tokio informiert am 3. November auch in Düsseldorf über die Havarie des Atomkraftwerkes FUKUSHIMA

[31.10.12](#) Bis 2033: 60 statt 40 Jahre? BBU gegen drohende Laufzeitverlängerung des niederländischen AKW Borssele

[02.11.12](#) BBU: Tiefpunkt in der NRW-Umweltpolitik - Duldung des ungenehmigten Anlagenbetriebs des E.ON-Kohlekraftwerks Datteln völlig unakzeptabel

[02.11.12](#) Anti-Atom-Protest: Demonstrationen in Niedersachsen, Einspruchskampagne gegen Laufzeitverlängerung beim AKW Borssele (NL) und AKW Krümmel endgültig stilllegen

[04.11.12](#) Reform des EEG zu Gunsten der Normalverbraucher auf Basis des Grundgesetzes (Art. 14,2)

[07.11.12](#) Vortrag in Gronau über die japanische Energiepolitik nach Fukushima

[08.11.12](#) Umweltverbände BBU und LBU gegen Elbvertiefung

[12.11.12](#) Der BBU gratuliert seiner Mitgliedsorganisation ROBIN WOOD zum 30. Geburtstag

[12.11.12](#) Neues Zwischenlager für Jülicher Brennelementkugeln?

[13.11.12](#) Bundesweite Solidarität mit den UmweltschützerInnen im Hambacher Forst (NRW)

[15.11.12](#) Nächster Urantransport am Montag, 19.11.?

[18.11.12](#) Aktuelle Anti-Atomproteste: Nordenham, Grohnde, Ahaus, Gronau, Münster und Borssele

[20.11.12](#) 40 Jahre Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
BBU-Mitgliederversammlung hat turnusgemäß einen neuen Vorstand gewählt

[20.11.12](#) BBU ruft zur weiteren Solidarität mit den Aktivisten im Hambacher Forst auf – Die Debatte um die RWE-Mitverantwortung für die Klimakatastrophe muss jetzt geführt werden

[20.11.12](#) Beschluss der Umweltministerkonferenz ermöglicht Einstieg in Fracking-Technologie - Wachweiche Position kann die Umwelt nicht schützen

[23.11.12](#) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) unterstützt das europäische Bürgerbegehren für Tempo 30: „30 km/h – macht die Straßen lebenswert!“

[26.11.12](#) Polizeieinsätze im Hambacher Forst: BBU schreibt Protestbrief an NRW-Innenminister Jäger

[26.11.12](#) BBU unterstützt Forderung von Greenpeace und Bundesärztekammer, dass Patente auf embryonale Stammzellen verboten bleiben

[27.11.12](#) Atomkraftgegner kritisieren Urenco-Rabatt

[28.11.12](#) BBU: Der Leitfaden KAS-25 - „Einstufung von Abfällen gemäß Anhang I der Störfall-Verordnung“ ist ein großer Schritt zum Schutz vor Störfällen bei Abfallanlagen

[30.11.12](#) Zur Diskussion über die Finanzierung und Unabhängigkeit der Umweltverbände – Der BBU: Unabhängig von Industrie, Ministerien und politischen Parteien

[03.12.12](#) Keine Ausbeutung der europäischen Meere / Stellungnahmen bis zum 15. Dezember möglich

[05.12.12](#) Rund 1000 Einsprüche gegen die Laufzeitverlängerung des AKW Borssele (NL) / Auch Stadt Gronau dagegen

[06.12.12](#) DB AG: Weniger Leistung für mehr Geld

[11.12.12](#) Der BBU verurteilt die Klage der Hamburgischen CDU vor dem Hamburgischen Verfassungsgericht gegen den Volksentscheid zum Rückkauf der Energienetze und das Vorgehen des Finanzamtes Nord gegen den BUND Landesverband Hamburg

[12.12.12](#) Nach Pannen in Atomkraftwerken: BBU bekräftigt die Forderung nach dem Sofortausstieg / BBU-Weihnachtswunsch: Spenden und neue Mitglieder

[18.12.12](#) EU-Richtlinie: Atommülltransfer soll erlaubt werden - BBU und BI protestieren gegen "Dambruch"

[20.12.12](#) BBU: Widerspruch gegen die Kartierung des Meeresbodens der europäischen Meere

[20.12.12](#) BBU fordert Verbot von Fracking ohne Wenn und Aber- Bundestagsfraktionen müssen jetzt Farbe bekennen

[20.12.12](#) Weihnachtsappell an die Landesregierung von BaWü: Mut, Vernunft und Besinnung bei Stuttgart 21 walten lassen!